



Strategie & Taktik

Liebe Leser*innen und Genoss*innen,

In dieser AJ beschäftigen wir uns mal wieder mit ein paar Evergreens der Linken: What's the plan? Womit beginnen? Was tun? Wo können wir aus der Vergangenheit lernen und welche Fehler sollten wir in Zukunft vermeiden? Ihr findet in dieser Ausgabe sowohl grundsätzliche Überlegungen zu sozialistischer Strategie als auch Auseinandersetzungen mit linken Reaktionen und Strategien angesichts aktuell drängender Fragen und Konflikte.

Ewgeniy Kasakow ist wieder einmal als Gastautor vertreten und widmet sich der Frage, welche Aufgaben der Ukrainekrieg für die deutsche Linke mit sich bringt. Severin aus dem KV Köln beschäftigt sich mit Schüler*innenorganisation und der Rolle, die wir als organisierte Sozialist*innen darin einnehmen könnten (und sollten). Außerdem werfen wir einen Blick auf die jüngsten Ereignisse der Gegenwart.

Unser Bundesvorsitzender Karl kritisiert am Beispiel des Diskurses über die erneute Eskalation des Israel-Palästina-Konflikts die strenge Freund/Feind-Logik, die ins Nachdenken über Kriege und Konflikte Einzug gehalten hat. Außerdem findet ihr in dieser Ausgabe ein Interview mit Hilde aus der IK über die Reaktionen unserer Partner*innen in Nahost auf den Krieg.

Alte Themen, wiederkehrende Fragen und ein paar neue Antworten.

Natürlich findet ihr in dieser Ausgabe ebenso, wie immer, Rezensionen (diesmal zum Film „Der laute Frühling“ und einem Buch über „Adultismus“), die Clara sowie Repliken auf vorangegangene Artikel – wir freuen uns auch für die kommenden Ausgaben auf Eure Rückmeldungen!

Wir bedanken uns für die Einsendungen und wünschen Euch viel Spaß bei der Lektüre.

Eure AJ-Redaktion

Inhalt

3

**Dort kämpfen,
wo das Leben ist**
Severin Schwartmann

6

**Stell dir vor es ist Krieg,
und alle sind überfordert**
Ewgeniy Kasakow

8

Die Logik der Gewalt
Karl Müller-Bahlke

10

**Wie erleben unsere
Partnerorganisationen in
Nahost die erneute Eskalation?**
Interview mit der internationalen
Referentin Hilde Teichgräber

12

**Grundzüge einer
sozialistischen Strategie**
Tobi

14

**Kriegsgründe und
Kriegsbegeisterung**
Chaya und Maus

16

**Rezension:
„Der laute Frühling“**
Mona Schäfer

17

**Falken-Frauen an
die Macht? Ja bitte!**
Loreen Schreck

18

**Rezension: „Adultismus.
Die Macht der Erwachsenen
über die Kinder“**
David Pape

20

Letzte Seite

Dort kämpfen, wo das Leben ist

Sozialistische Strategie in der Schüler*innen-Organisation

Im Zuge der versuchten Neuausrichtung der schwächelnden Klimabewegung im Herbst letzten Jahres ist mit der End Fossil: Occupy!-Kampagne erstmals seit dem Bildungsstreik 2009 der Ort Schule und die Organisation von Schüler*innen wieder Teil öffentlicher linker Debatte. Aktivist*innen besetzten innerhalb weniger Monate neben mehreren Universitäten auch einige Schulen in ganz Deutschland. Kurz bevor die jüngsten Aktionen der „Letzten Generation“ in den Mittelpunkt der Berichterstattung kamen, gerieten auch die Aktionen von End Fossil in den Blick der bürgerlichen Medien. Im Verband findet eine ernsthafte Diskussion über Beteiligung oder Unterstützung bislang kaum oder gar nicht statt.

Über einzelne Aktionen kommt der Anlauf schließlich auch nicht hinaus. Ein Massenmoment wie die FFF-Streiks 2019 in Deutschland oder die 300 Schulbesetzungen 2022 in Griechenland, auf den die End Fossil-Aktivist*innen gehofft haben könnten, bleibt aus. Kritik ist hier von unserer Seite aus allerdings unangebracht. Auf ein zumindest in einigen Teilen der Jugend schlagartig eskaliertes Aktionsniveau während der Aktionen reagierte der Verband maßgeblich passiv. Meinen Versuchen, über die Erfahrungen in dieser Zeit und davor mit Genoss*innen ins Gespräch zu kommen, fehlte die Grundlage. Die Erlebnisse mit der Organisation von Schüler*innen waren zu verschieden und eine Theorie, auf die man sich gemeinsam hätte beziehen können, fehlte.

Das habe ich als Anlass genommen, einige Beobachtungen im Verlauf der Schulorganisation im Allgemeinen einmal in Zusammenhang mit ein paar revolutions- und organisations-theoretischen Gedanken zu bringen. Einerseits als Abstraktion, um einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu schaffen, andererseits mit dem Ziel einer strategischen Schlussfolgerung. Der Ansatz hat nicht den Anspruch, alle Momente des Organisationsprozesses zu erfassen oder die Absicht, unterschiedlichen Prozessen ein einziges strategisches Prinzip überzustülpen. Ich will stattdessen versuchen, aus einer meiner Meinung nach zentralen Dynamik eine kohärente politische Strategie abzuleiten. Der Praxisvorschlag richtet sich hier auch nicht an alle Schüler*innen oder die Schulorganisation an sich. Es wäre irreführend, auf einer frühen Ebene von bewusster Organisation von Jugendlichen strategisches Handeln zu erwarten. Dieser Artikel fragt nach dem strategischen Selbstverständnis von Sozialist*innen (z.B. bei Falken) im Kontext der Organisationsversuche von Schüler*innen am zentralen Ort ihres Lebensumfeldes (Schule) und welche besondere

Rolle im Verlauf der Konflikte organisierten Sozialist*innen ggf. zukommt.

Konflikte, Empörung und Organisierung

Zunächst muss bemerkt werden, dass die Konflikte und die darauf reagierenden Organisierungsmomente, die in der Schule entstehen, vielfältig und uneinheitlich auftreten. Das mag daran liegen, dass es jenseits der Schüler*innen-Vertretungs-Strukturen keinerlei feste Institutionen oder Traditionen (weder Verbände noch verbreitete theoretische Ansätze oder gar Regelungen) gibt, die in der Schule einen organisierten Konflikt regeln könnten.

Die ersten Schritte von Schüler*innen, die sich zusammenschließen, um ihren Unmut zu äußern, laufen also uneinheitlich ab. Jede Schüler*innengeneration, jede Schule und jede Schulklasse

muss das Rad neu erfinden. Ich schlage vor, das spontane Verhalten von Schüler*innen, um ihre Interessen durchzusetzen und das Bewusstsein, mit dem sie ihr Umfeld dabei beginnen wahrzunehmen, als Ausgangspunkt für eine systematische Überlegung zum Thema Organisation in der Schule heranzuziehen. Gleich, ob in den realpolitischen Streiks oder Besetzungen der letzten Jahre, feministischen Boykotts gegen Kleidervorschriften im Sportunterricht, bei kollektiver Aufgabenverweigerung gegen Überbelastung oder den großen Bildungsstreiks 2009: Schulpolitik von unten ist meist gekennzeichnet von Momenten massenhafter Politisierung und spontanem Organizing.

Die Verbindungen zwischen den einzelnen Schüler*innen, die als Produkt der ersten halb bewussten Schritte der Organisation entstehen, sind wahrscheinlich zunächst



rudimentär und häufig nicht an eine Bewegung außerhalb der Schule angebunden. Die Politisierung hingegen erlebe ich als lebendige und höchst anschlussfähige Entwicklung, in der immer neue individuelle und politische Bedürfnisse artikuliert werden. Nehmen wir diese beiden Momente zur Analyse einer politischen Dynamik einmal abstrakt, ergeben sich Organisation und bedürfnisorientiertes Handeln als zwei einander gegenüberstehende Pole, zwischen denen sich die Dynamik des politischen Konfliktes meiner Meinung nach entfaltet.

Entwicklung der Konflikte und Theorie der Bedürfnisse

Unter diesen beiden räume ich dem ersten Moment ein, das Bestimmende zu sein. Kaum eine Schülerin zieht eine kollektive Notenhebung (durch Streik oder Erpressung) ernsthaft in Betracht ohne das Wissen um die Existenz von Strukturen, die fähig sind, sie durchzusetzen, eben wie kein Arbeiter an die Erkämpfung des Tarifvertrags denkt, wenn er nicht zumindest von der Kraft der Gewerkschaften weiß. Ums Ganze: Wenn die revolutionären Organisationen untergehen, erscheint der Kapitalismus alternativlos.

Die Organisation (also das mehr oder minder ausgestattete und institutionalisierte Netz zwischen den Einzelnen) schafft nicht nur die Voraussetzungen für die einzelnen Aktionen, sondern gleichzeitig auch das Bedürfnis nach den Möglichkeiten, die sich aus ihnen ergeben.¹ Zum Bedürfnis kann erst werden, was für den Einzelnen im Rahmen seines Handlungsraums erscheint, damit grenzt es sich zur Phantasie und dem Wunschraum ab. Wie groß der Handlungsspielraum ist,

entscheidet zu einem großen Teil, ob man organisiert ist, und wie gut die eigene Organisation aufgestellt ist.

Organisation, Handlungsmacht und Bedürfnis sind hier eng vernetzt. Zwischen ihnen und durch sie findet die politische Entwicklung statt, an deren einem Ende die unorganisierte Handlungssohnmacht des Einzelnen mit seinen ausschließlich affirmativen Privatbedürfnissen steht, während das bewusste, revolutionäre Handeln der Klasse an ihrem anderen Ende steht. Während die Handlungsmacht des Einzelnen einerseits durch die gesellschaftlichen Möglichkeiten des Kapitalismus bestimmt ist (zum Beispiel ein privater Reichtum an nützlichen Waren im Rahmen der eigenen finanziellen Mittel) und andererseits kaum an seine Grenzen stößt, sie also affirmiert (bestätigt), ist die Handlungsmacht des Organisierten einzig von der Stärke der Organisation abhängig. Ins Greifbare gerät jedes Verhältnis, dem die Organisation etwas entgegenzusetzen hat. Dieses Bedürfnis, das dabei nach jeder neuen Möglichkeit entsteht, ist, nicht nur im Sinne der Zusammenfassung einzelner Privatbedürfnisse, sondern als ausschließliches Bedürfnis des organisierten Kollektivs, ein Kollektivbedürfnis. Nur im Kollektiv erfährt jeder Teil der Gruppe die Verhältnisse um sich herum als veränderbar.

Spontane Fallstricke der Entwicklung

Die Entwicklung von Handlungsfähigkeit und Handlungsmotivation der Einzelnen in und durch die Entwicklung ihrer Organisation, also die Frage nach ihrem Aufbau, ist meiner Meinung nach die Grundlage der sozialistischen Organisationspolitik in der Schule.

Meine Strategie beginnt also mit der Reflexion, dem Herauslesen dieser Dynamik zwischen kollektiver Handlungsmacht und kollektivem Bedürfnis aus der Praxis und ihrem vielschichtigen realen Verlauf. Sie besteht schließlich in der Verteidigung dieser Aufbauentwicklung gegen alle alltäglichen taktischen und zufälligen Fallstricke.

Ein einfaches Beispiel dafür ist die ständige Konkurrenz zwischen der dynamisch sich entwickelnden Handlungsmacht des Kollektivs und dem statisch bleibenden Handlungsspielraum jeder Privatperson:

- Die gemeinsame Erpressung einer Notenspiegelhebung steht gegen das individuelle Lernen zu Hause.
- Der gemeinsame Konflikt mit ungerechten Lehrer*innen steht gegen das individuelle Melden bei der Schulleiterin.

Sowohl die eigenen Fähigkeiten als auch der Rückgriff auf die eingeräumten Privatrechte (zum Beispiel auf Gleichbehandlung oder individuelle Förderung) können zwar im konkreten Konflikt gleiche oder bessere Ergebnisse befördern als der kollektive Kampf, sind aber als persönliche Handlungsräume statisch im bürgerlichen Gewaltverhältnis festgelegt, können sich anders als die Organisation nur wenig entwickeln, und ziehen den Einzelnen aus dem Entwicklungsprozess der Organisation heraus.

Begleitung durch die Sozialist*innen

Zu den Handlungsinstrumenten eines politischen Zusammenschlusses gehören u. a. das Überzeugen (noch) Außenstehender, das Schaffen langfristiger Bindungen, die richtige Kommunikation sowie das spontane Ergreifen von Gelegenheiten und das Finden von Verbündeten. Dort, wo sie nicht mehr nur eingesetzt werden, um eine konkrete Situation zu bestreiten, sondern darüber hinaus dem Aufbau der Organisation oder der Erweiterung ihres Handlungsspielraumes dienen, beginnt kollektives strategisches Handeln. Es ist die Frage, ob und wie am besten der Tageskonflikt zur langfristigen Erweiterung des Handlungsraumes der Organisierten beiträgt. Die Bewertung des Erfolgs einer Aktion im oben genannten Sinne ist vielschichtig und bezieht Erfolge (oder Misserfolge), wie ein erkämpftes Partizipationsrecht, die Motivation, die ein Sieg bringt oder die Anbindung an andere soziale Gruppen in der Schule bis hin zur Verbindung mit anderen linken Gruppen ein. Das endgültige Urteil zieht erst die Bedürfnisentwicklung des Kollektivs.

Wenn ein politischer Zusammenschluss noch ohne Strategie im oben ausgeführten Sinne agiert, riskiert er im Tagesgeschäft auf eine Weise zu handeln, die den langfristigen Organisationsaufbau sabotiert. Eine sinnvolle

¹ Ich folge hier dem Ansatz der ungarischen Marxistin Agnes Heller, die die Bedürfnisentwicklung als zentrales Moment der Organisation analysiert. Hergeleitet aus Marx' Werken steht diese zweite, marxistische Revolutionstheorie neben der leninistisch geprägten Zusammenbruchstheorie und spielte u. a. in der situationistischen Revolutionstheorie im Vorfeld der Revolte 1969 in Paris eine wichtige Rolle.



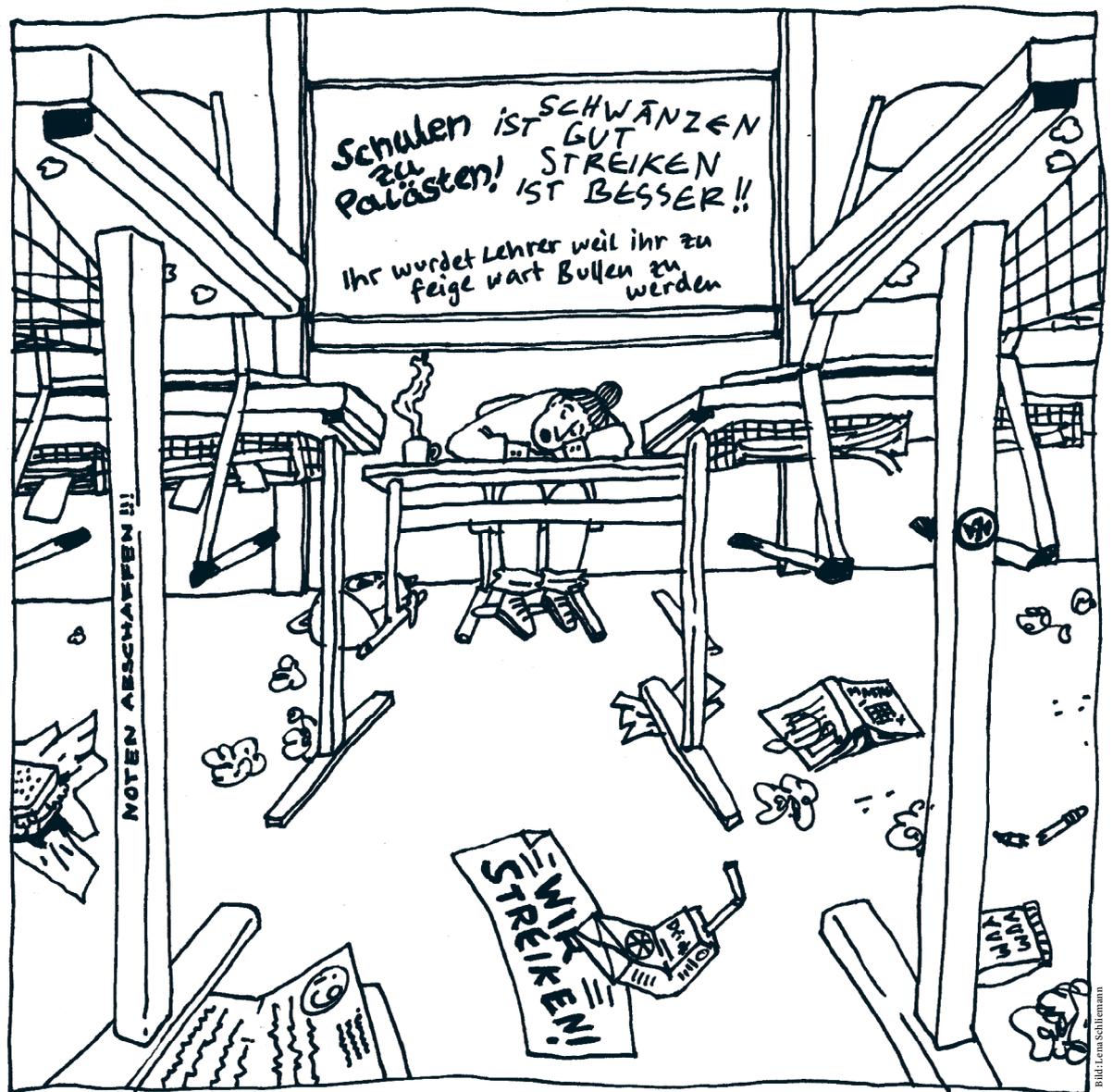
Begleitung durch Sozialist*innen von außerhalb – zum Beispiel von den Falken – hätte also die Aufgabe, an den entscheidenden Stellen so zu beraten, dass in den einzelnen Konfliktmomenten Stärke aufgebaut wird, anstatt sie abzugeben, auch wenn es dem gesetzten Ziel in der Situation vielleicht vordergründig widerspricht. So zum Beispiel, wenn zur Diskussion steht, sich taktisch durch eine Autoritätsperson wie einen Vertrauenslehrer vertreten zu lassen und so einen Rückfall in den privaten Handlungsraum zu riskieren, anstatt selbst den Druck aufrechtzuerhalten. In dieser Situation ist die sozialistische Begleitung notwendig, um die Entwicklung des kollektiven Prozesses zu gewährleisten.

Führung als Fallstrick

Genau in demselben Maß wie die Fallstricke im Konflikt, kann auch die Begleitung durch Sozialist*innen von außerhalb zum zerstörerischen Moment werden, indem sie nämlich den fragilen Prozess des Aufbaus übernimmt und damit stärkste Triebkraft der Entwicklung, die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, vorzeitig beendet. Die notwendige Bedingung der Entwicklung von Handlungsmacht und kollektivem Bedürfnis ist die Selbstorganisation des Kollektivs. Bedürfnisse, die hier entwickelt werden, können durch Ratschläge und Theorie angepasst werden, müssen aber für die Praxis handlungsweisend bleiben. Ein Ziel, das nicht aus der wechselseitigen Beziehung zwischen einzelnen und Kollektiv organisch entstanden ist, sondern im Sinne eines objektiven Interesses von außen gesetzt wird, zerfrisst den wesentlichen Zusammenhang der Entwicklung. Man kann wohl davon ausgehen, dass besonders zu Beginn eines Organisationsprozesses ein rasant schrumpfendes Interesse an den Aktivitäten der Gruppe ein verlässliches Anzeichen einer solchen Zersetzung ist.

Strategischer Ansatz

Sowohl blinde Politik im vorgegebenen Spielfeld als auch autoritäre Führung sind Fallstricke einer Organisation, die sich meiner Meinung nach nicht aus falscher, sondern aus fehlender Strategie ergeben, aus dem Handeln ohne Bewusstsein für die Position im gesellschaftlichen Machtverhältnis. Eine solche Strategie ist notwendig, um im schulpolitischen Kampf langfristig eine bewusste Basis als Vorfeld linker Organisationen und dem Kampf unserer Klasse zu entwickeln. Die Strategien, die wir hier entwerfen müssen, beziehen sich notwendigerweise nicht auf das Verhalten des Kollektivs, das sich wie erwähnt nur selbst bestimmen sollte, sondern auf unsere Position und unser Handeln als Verband in und außerhalb der Konflikte. Ich habe bereits versucht, diese Position dem Anspruch nach mit dem Begriff der „Begleitung“ zu umreißen. Als Teil der Organisationsprozesse sollte sie jederzeit darum bemüht sein, das Handlungsfeld der



Streiken ist gut für die Gesundheit – warum also nicht auch in der Schule?!

Schulumfeld-Organisation als Ganzes zu erweitern und mit Beratung den progressiven Verlauf der Entwicklung zu begünstigen.

Um dem Erlahmen der Bewegung durch Misserfolge oder das Kleinreden von Erfolgen vorzubeugen, können wir progressive Narrative einbringen und Misserfolge auf möglichst konkrete Umstände beziehen. So wird die Dynamik der Konflikte zugänglich. Die Sozialistin funktioniert darüber hinaus als Bindeglied zwischen der spontanen Organisation und der Bewegung. Theorie muss die Geschichte der Konflikte erarbeiten und eine Verbindung mit den Akteur*innen vergangener und entfernter Konflikte herstellen, eine Sprache für die Probleme und Ziele im Zusammenhang der Organisation finden, Machtzentren und Interessen analysieren sowie auf strategische Schwachstellen oder Knotenpunkte hinweisen. Was von den größeren Organisationen der Bewegung erarbeitet wurde, muss zugänglich gemacht werden: Ressourcen, Räume, Vernetzungen und Taktiken sollten zur Verfügung stehen.

Wie die verkümmerten Möglichkeiten des bürgerlichen Alltags, die Finanzkraft, die Körperstärke oder die persönlichen Rechte das Vermögen der Privatpersonen ausmachen, sollten durch solche Vermittlungsarbeit alle

entwickelten Möglichkeiten, Ideen und Perspektiven in das kollektive Vermögen der Organisation übergehen.

Die Sozialist*innen tragen zur Verteidigung der kollektiven Handlungsmacht gegen die Konkurrenz der Privaten bei, indem sie den Einzelnen die Erfahrung der Potenz der Machtentwicklung im Kollektiv zugänglich machen. In dieser Arbeit leitet die Sozialist*in keinen der Prozesse an, indem sie Stoßrichtung von außen bestimmt, sondern trägt innerhalb des Organisationsprozesses zur kollektiven Bedürfnisentwicklung bei.

Obwohl ich glaube, dass eine wirkliche Macht von unten nur durch die Schüler*innen selbst organisiert werden kann, haben wir Falken eine wichtige Aufgabe als Begleiter*innen dieses Prozesses. Eine aktive Auseinandersetzung mit einer Konfliktstrategie, die die Organisation von Schüler*innen auch in der Schule als Vorfeldorganisation der ihrer selbst bewussten Klasse mitdenkt, ist von niemandem als der sozialistischen Jugend ernsthaft zu erwarten.

Severin Schwartmann

KV Köln

„Stell Dir vor, es ist Krieg, und alle sind überfordert.“

Was die kriegskritische Linke in der Bundesrepublik aktuell alles tun kann.

Seit fast zwei Jahren dauert der Krieg in der Ukraine an. Die Kriegsparteien lassen keinen Zweifel daran, dass sie den Frieden wollen, aber: nur zu ihren Bedingungen. Deshalb wollen sie so lange weiterkämpfen, bis der Gegner diese akzeptiert. Dafür müssen nicht nur immer mehr Staatsbürger*innen fürs wechselseitige Morden ausgerüstet, ausgebildet und motiviert werden. Es muss die entsprechende Produktion von Kriegsgütern stattfinden, es müssen andere Staaten als Verbündete gewonnen werden und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten als Druckmittel eingesetzt werden. Die gesellschaftliche Linke in der Bundesrepublik agiert in einem Staat, deren wirtschaftliche Bedeutung in der Welt ihre militärische bei weitem übertrifft. Die Bundesregierung versucht nun, etwas an diesem Umstand zu ändern. Das Ziel der „Zeitenwende“ ist es, effektiver gegen Russland agieren zu können, dessen militärische Stärke umgekehrt seine wirtschaftliche Stärke überragt. Die Armeen der beiden Staaten kämpfen zwar nicht direkt gegeneinander, aber Deutschland spielt eine entscheidende Rolle bei der Aufrüstung der Ukraine. Russlands Ansprüche, die politischen und ökonomischen Verhältnisse in seinen (postsowjetischen) Nachbarstaaten bis hin zu direkter Einmischung mitzubestimmen, vertragen sich zunehmend weniger mit den Ansprüchen der EU-Führungsmacht Deutschland, diese Länder ihrerseits in die eigene Einflusszone einzuschließen.

Während sich die Bevölkerung der Ukraine jeden Tag mit Entscheidungen konfrontiert sieht, in denen es um Leben und Tod geht (Flucht, Ausharren/Verstecken, Frontdienst), wird der Krieg an sich in Deutschland (und der Ukraine) massenmedial bzw. von der Politik gerne als ultimativer Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“

dargestellt. Diejenigen, die sich solch' legitimierender Argumente der Kriegsparteien nicht anschließen, sind gerade nicht in der Lage, diesen Krieg zu beenden. Das heißt jedoch nicht, dass sie gar nichts tun können. Nachfolgend einige Vorschläge, was die Linke in der Bundesrepublik jetzt tun könnte und auch dringend sollte.

1. Kriegsverweigerern helfen

Alle Menschen, die sich dem Kriegsdienst entziehen wollen, sind auf Unterstützung angewiesen. Häufig müssen sie dringend das Land verlassen. Doch gerade russische Deserteure werden nicht überall gern gesehen – sie werden nicht selten zur Rückkehr und dem (persönlichen) Kampf gegen Putin aufgefordert. Auch die polizeilichen Zwangsmaßnahmen des ukrainischen Staates gegen die kriegsunwilligen Teile der eigenen Bevölkerung genießen in Deutschland verdächtig viel Verständnis – begleitet von der offenen Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht und ein „Pflichtjahr“ für junge Menschen. Dazu kommt, dass wenn der Krieg länger dauern sollte, etliche als minderjährig angereisten Flüchtlinge hier das wehrpflichtige Alter erreichen. Die Vernetzung über die Grenzen hinaus, kann Menschen vor der Kriegsteilnahme retten, indem sie die Organisation von Verstecken, Versorgung und Flucht unterstützt.

2. Sich Klarheit über die Kriegsgründe verschaffen

Ohne eine inhaltliche Klärung, was die Interessen der kriegsführenden Staaten sind, wird jede Antikriegsarbeit zum idealistischen Appell an diejenigen, die den Krieg führen (wollen). Darum ist es ein folgenreicher praktischer Fehler, diese Theoriearbeit als etwas zu betrachten, wofür gerade keine Zeit da sei. Denn was soll die Grundlage für eine kollektive Praxis sein, wenn nicht die gemeinsam erlangte Einsicht, z.B. dass wir in diesem Krieg nichts zu gewinnen haben; es schlicht nicht „unser Krieg“ ist?

3. Propaganda erkennen und kritisieren

Kriegspropaganda erfolgt nicht nur durch die Entmenschlichung, Exotisierung und Rassifizierung der „Gegenseite“. Dort, wo der Gegner angeblich aus purer Freude an Gewalt mordet, während die eigene Seite nur bedauerliche, doch leider unvermeidbare „Kollateralschäden“ an Zivilist*innen produziert, da begegnen uns schnell Argumente fürs Mitmachen. Hier gibt es auch jene Argumentationsstränge, die speziell bei Linken auf viel Resonanz stoßen, z.B. die Behauptungen, dass Russland nur gegen den „Faschismus“ in der Ukraine ins Feld ziehen würde oder dass LGBT-QI+-Rechte von der NATO verteidigt würden. Damit erhalten wir jedoch keine Auskunft über die tatsächlichen Kriegsziele, sondern nur darüber, wie der jeweilige Kriegszweck in den Augen eines bestimmten Publikums legitimiert wird.

4. Sich nicht in falsche Allianzen einbinden lassen

Friedensdemo mit Ukraine-Fahnen oder vielleicht umgekehrt, mit den Forderungen, die „legitimen russischen Sicherheitsinteressen anzuerkennen“? Nein, danke! Wer weiß, dass die Staaten ihre Kriege nicht aus Versehen beginnen, kommt eher nicht auf die Idee, sich nationalstaatlicher Symbole als Friedenszeichen zu bedienen und den Politiker*innen gute Ratschläge für den Frieden zu erteilen. Und wir sind gut darin beraten, uns keine Verbündeten unter den Parteigänger*innen der kriegsführenden Regierungen suchen zu wollen.

5. Vertrauen ist strategisch wichtig

Im Krieg werden wir durch die Medien und die Kriegsparteien mit falschen Meldungen, unbewiesenen Behauptungen und umgekehrt dem Anzweifeln von eindeutig Bewiesenem überschüttet. Wer bei Mobilisierung nicht mitmacht, wird (in den kriegsführenden Ländern Russland und Ukraine) früher oder (in den westlichen Unterstützerstaaten wie Deutschland) später als „Helfer des Feindes“ gelabelt. Um sich greifendes Misstrauen und Verdächtigungen machen handlungsunfähig. Nicht umsonst rät die Antikriegsopposition in Russland Menschen, sich ein vertrauenswürdiges Umfeld zu schaffen und regelmäßig mit den Menschen zu kommunizieren, die den Krieg ebenfalls ablehnen, auch wenn man es nicht öffentlich zeigt. Dass sich Menschen, die gegen den Krieg sind, kennen und sich vertrauen, ist die Grundlage für

alle organisierten Widerstandsformen. Ohne dieses Vertrauen lässt sich möglicher Repression und sozialer Anfeindung nur schwer trotzen.

6. Ukrainische Stimmen ernst nehmen, ohne dem „Betroffene haben immer Recht“ zu verfallen

Viele Menschen in Deutschland nehmen die ukrainische Politik nur durch das Prisma der Interessen der Großmächte wahr, d.h. die verschiedenen politische Kräfte werden nur noch auf die Merkmale „prowestlich“ bzw. „prorussisch“ reduziert, die politischen Handlungen des Staatsoberhauptes nur als „blindes Befehlsausführen“ der „Strippenzieher“ in Moskau oder Washington gedeutet. Das sorgt verständlicherweise für verbitterte und beleidigte Reaktionen bei Ukrainer*innen. Natürlich gehört Kritik in jedem Fall zum ernst nehmen dazu, aber die Kenntnisse über die Ukraine sollten lieber nicht aus den

russischen Staatsmedien der letzten Jahre stammen. Wer ideologische Vokabeln wie „Brudervölker“ benutzt, kann schwer auf einen ernsthaften Dialog hoffen.

7. Selbstverständlichkeiten hinterfragen

„Die Welt ist in Staaten eingeteilt – diese sind natürliches Resultat der Existenz verschiedener Völker.“

„In der Demokratie setzen Regierungen den Willen ihrer Wähler*innen um.“

„Andere Staaten haben imperiale Ambitionen und Großmachtphantasien, während wir nur unsere legitimen Interessen vertreten und Verantwortung in und für andere Teile der Welt übernehmen.“

Wer diese Welterklärungen nicht als Selbstverständlichkeit schluckt, ist schon mal besser gewappnet gegen die ideologische Kriegsmobilmachung.

8. In Russland gibt es nicht nur Putin und Nawalny

Auch wenn es aus hiesigen Medien nicht immer klar wird, es gibt in Russland explizit linke Kriegsgegner*innen und sie brauchen nicht nur Unterstützung in Kampf gegen die Repressionen, sondern auch Möglichkeiten, in Dialog mit Genoss*innen in anderen Ländern zu treten. Ihre Argumente und ihre Arbeit werden von den linken Medien im Westen beleuchtet – wenn auch immer noch zu wenig.

9. Solidaritätslinien aufbauen

Über Gewerkschaften, AStAs, Berufsverbände oder Kulturorganisationen lassen sich Kontakte zu den Kriegsgegner*innen in anderen Ländern aufbauen. Wichtig ist allerdings, dass die Kontaktaufnahme Menschen in ihrem Staat nicht zusätzlich gefährdet. Wer als Kolleg*in an Kolleg*in (Schachspieler*in an Schachspieler*in, Comicsammler*in an Comicsammler*in usw.) und nicht offiziell als Kriegsgegner*in an Kriegsgegner*in schreibt, ist manchmal besser beraten.

10. Neue Zimmerwald-Konferenz, statt „Augusterlebnis“

Der aktuelle Konflikt hat das Potenzial sich zu einem neuen Weltkrieg zwischen den Atommächten zu entwickeln. Weite Teile der Linken sind schon jetzt dabei, die eine oder andere Kriegspartei zu unterstützen – ähnlich der Kriegseuphorie nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges. Die Vernetzung derjenigen Linken, die den Ukraine-Krieg weiterhin als einen Konflikt der Interessen kapitalistischer Staaten sehen und keine der Regierungen unterstützen wollen, ist eine praktische Notwendigkeit. Vom 5. bis 8. September 1915 fand im schweizerischen Zimmerwald eine Konferenz statt, bei der sich die sozialistischen Kriegsgegner*innen getroffen haben (die Anarchist*innen kamen ihnen bereits im April mit einer eigenen Konferenz im spanischen El Ferrol zuvor). Auch wenn die Zimmerwald-Konferenz nicht zur sofortigen Antikriegserhebung führte, könnte sie uns auch heute noch als Vorbild dienen.

Von Ewgeniy Kasakow

Ewgeniy ist promovierter Historiker. Er schreibt unter anderem für konkret, Jungle World, analyse & kritik, Blätter für deutsche und internationale Politik, Osteuropa, testcard und Phase 2

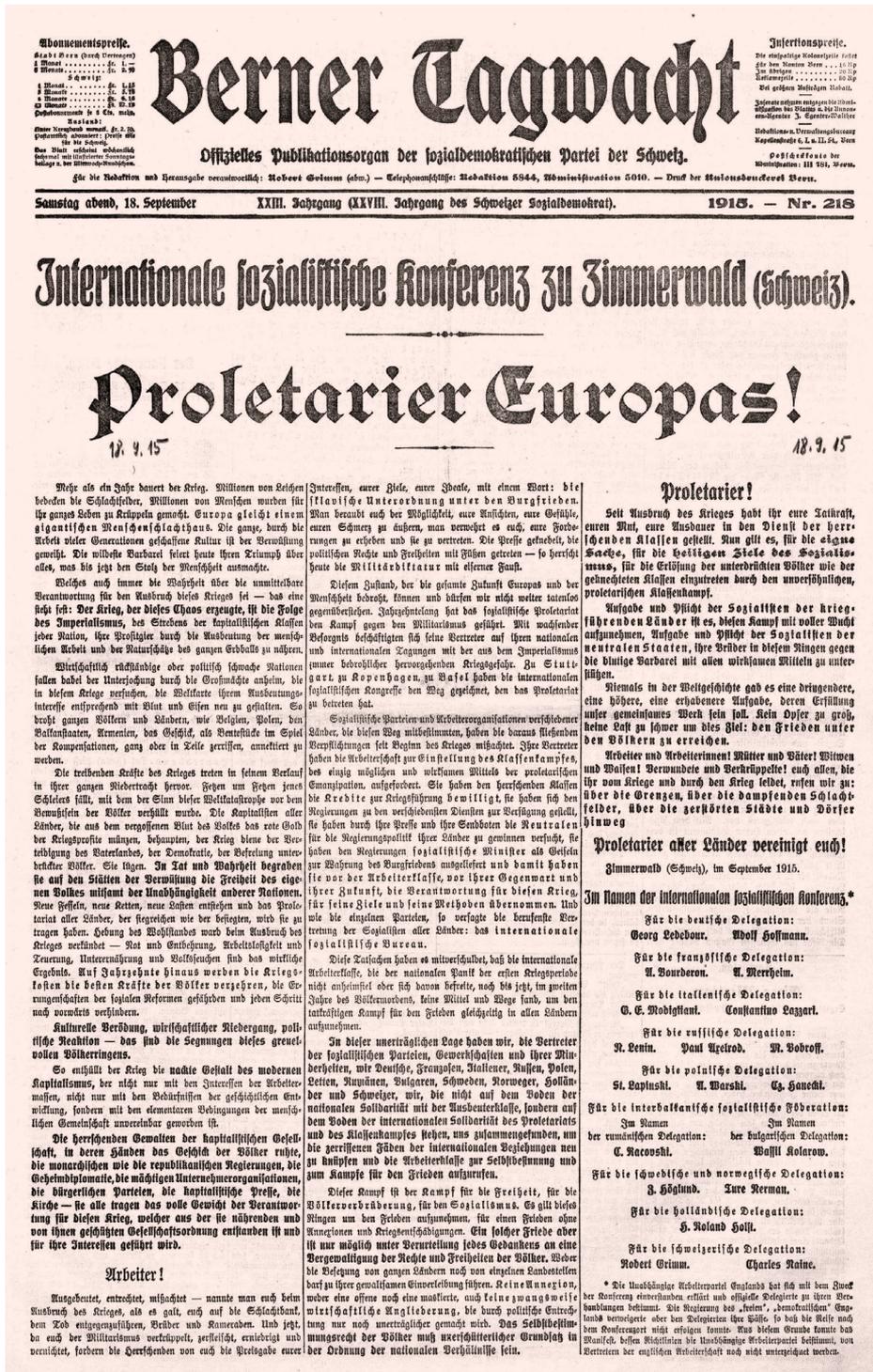


Bild: newspaperarchives

Titelblatt der Berner Tagwacht vom 18.09.1915: „Internationale Sozialistische Konferenz zu Zimmerwald (Schweiz).“

Die Logik der Gewalt

Als großen Gegenentwurf zum Liberalismus hatte der Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Carl Schmitt 1932/33 seine Theorie des Politischen konzipiert. Als spezifisch politische Grundkategorie verstand Schmitt die Unterscheidung von Freund und Feind, die Verhandlung dieses Verhältnisses als den Wesenskern des Politischen. Der Liberalismus mit seiner Skepsis gegenüber der Unterordnung des Individuums unter den Staat, seinem Drang zur Ökonomisierung menschlicher Verhältnisse und vor allem seinem humanistischen Universalismus war Carl Schmitt zutiefst befremdlich. „Wer Menschheit sagt, will betrügen“ – dieser berühmte Satz stammt von Schmitt.

Carl Schmitts Antisemitismus und sein Engagement für die NSDAP taten seiner Popularität in der westdeutschen Rechtstheorie, aber auch in der internationalen politischen Theorie keinen Abbruch. Seine Staatstheorie gilt als Klassiker, sein Begriff des Politischen ist bei rechten wie linken Liberalismuskritiker*innen mal klüger, mal weniger klug behandelt worden – aber auch der Kampfbegriff der bürgerlichen Mitte, die „wehrhafte Demokratie“, geht auf seinen Einfluss zurück.

Ausgerechnet in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts mit ihrem weltweit durchgesetzten Liberalismus feiert Schmitt'sches Denken eine phänomenale Rückkehr, vor allem in Deutschland. Egal ob in der Ukraine oder im Nahen Osten: Jeder Verweis auf die Möglichkeit der Verständigung in Konflikten gilt als „realitätsfremd“ und „naiv“. Jeder Versuch, die Geschichte des jeweiligen Konflikts verstehen zu wollen, ist bereits verdächtig: die Erklärung „Die Anderen sind der Feind!“ hat gefälligst auszureichen.

Die einzige erlaubte Haltung ist uneingeschränkte Parteinahme. Während einige Linke das Gemetzel an israelischen Zivilist*innen tatsächlich ohne mit der Wimper zu zucken als „Widerstand“ labeln – einfach, weil im vermeintlich „gerechten Kampf um Befreiung“ der Ruf nach „ethisch korrektem Widerstand“ blanke Anmaßung sei – erscheinen die Tausenden von palästinensischen Opfern, welche die Bombardierung Gazas schon fordert und zweifellos noch fordern wird, für die andere Seite allerhöchstens als Fußnote.

Der Liberalismus mit seinem universalen Humanismus ist aus linker Perspektive durchaus kritisch zu diskutieren,

vor allem in seiner realen historischen Wirksamkeit. Aber es ist doch einigermaßen bemerkenswert, dass auf allen Seiten quasi nichts von ihm übrig ist. Und zwar weder bei linken „Widerstands“-unterstützer*innen noch bei den rechten Verteidiger*innen von Demokratie und westlichen Werten – nirgendwo ist auch nur so etwas wie ein Innehalten angesichts der zivilen Opfer der anderen Seite oder gar die Anerkennung ihrer Individualität als Menschen zu spüren. Letzteres, immerhin mal so etwas wie der Markenkern des Liberalismus, gilt heute allseits nur noch als oberflächlich und schwach.

Die Ekelhaftigkeit des bedingungslosen Freund-Feind-Denkens zeigt sich aber natürlich nicht nur in der (fehlenden) Betrachtung der Opfer der anderen Seite, sondern noch stärker im Blick auf die Opfer der Seite, auf die man sich geschlagen hat. Denn auch die dürfen nicht auftauchen als individuelle Menschen, die ihren Freund*innen und Familien für immer genommen wurden, sondern dienen nur noch dazu, sich von der Schlechtigkeit der anderen Seite und damit automatisch von der Gerechtigkeit der eigenen Sache zu überzeugen. Kaum tauchten die ersten Bilder der hingemetzelten Opfer der Hamas-Terroristen auf, hatten die Springer-Redakteure nichts Besseres zu tun, als diese allen tatsächlichen oder vermeintlichen „Palästinafreunden“ in den deutschen Medien genüsslich unter die Nase zu halten, um ihre dummen Internetstreits zu gewinnen. Andersherum dient auch jedes neue Twittervideo von Luftschlägen auf Gaza der anderen Seite nur als weitere Munition im Tastaturkrieg. All die öffentlichen Aufforderungen zum Statement dieser und jener Gruppen, die sich noch nicht geäußert haben, sollen nur ein paar billige PR-Punkte auf das eigene Konto verbuchen. Um konkrete Menschen vor Ort geht es ohnehin niemandem.

Durch nichts zu rechtfertigen

Die großen deutschen Parteien erklären, der Terror der Hamas sei „durch nichts zu rechtfertigen“. Das stimmt natürlich, ist aber auch völlig banal. Welcher Terror wäre denn für die Bundesrepublik zu rechtfertigen? Allein die Gewalt unter dem Aspekt ihrer Rechtfertigung überhaupt zu behandeln, enthumanisiert die Opfer und deutet an, worum es eigentlich geht: Die Bereitschaft, die weitere Eskalation, die nun zweifellos kommt, abzusegnen sowie nicht weiter nach politischen Gründen zu fragen. Wie auch Robert Habeck in seiner Videosprache

ans Volk diesem noch mal mit Nachdruck einschärft: „Kontextualisierung darf niemals zur Relativierung führen. [...] Es braucht jetzt Klarheit und kein Verwischen“.

Denn ist die Freund/Feind-Trennung im eigenen Denken erst einmal unhinterfragbar vollzogen, erscheint jede Erklärung für den bisherigen Konflikt notwendigerweise als Rechtfertigung für das, was eben nicht zu rechtfertigen ist. Und natürlich beherrschen auch die Hamas und ihre Apologet*innen das gleiche Spiel, wenn sie auf zivile und alltägliche Opfer der israelischen Besatzungspolitik auf der jeweiligen Stufe der Eskalationsspirale verweisen können, die ja eben auch durch nichts zu rechtfertigen sind und die dann wieder den Terror rechtfertigen sollen. Und weil niemand mehr Gründe, aber dafür alle sehr viele Rechtfertigungen kennen, wird jede neue Eskalation wieder zur Rechtfertigung ihrer Antwort durch die Gegenseite.

Diese Logik bringt dann neben der Rechtfertigung der zivilen Opfer auf der Gegenseite und der Instrumentalisierung der eigenen Opfer noch das letzte Gedankenkunststück fertig, nämlich auch die zivilen Opfer der Gegenseite zur Rechtfertigung der eigenen Sache heranzuziehen. Das sieht auf „linker“ Seite dann so aus, dass „Siedler*innen in Palästina schwerlich Zivilist*innen“ sein könnten, und daher eben „jedes Opfer in solchen Kontexten zuerst ein Opfer des Siedlerkolonialismus“ sei. Rechte Journalisten wie Julian Reichelt können andersrum sehr selbstbewusst von den „massiven Opfern unter der Zivilbevölkerung“ in Gaza durch die israelische Luftwaffe sprechen, wenn gleichzeitig klar ist: „Die Verantwortung dafür trägt allein die Hamas.“

Diese letzte grausige Pointe, die auch noch die zivilen Opfer der anderen Seite zur Legitimation der eigenen Sache heranzieht, muss dabei allerdings in ihrer Erklärung die Handlungen von Freunden und Feinden so eng miteinander verzahnen, dass sie an die Grenzen der Freund/Feind-Kategorien stößt. Indem die zivilen Opfer der anderen Seite in die Argumentation für die eigene Sache integriert werden, wird implizit anerkannt, dass die Zivilist*innen der Gegenseite eben nicht mit dem militärischen Gegner identisch sind. Es wird ja ganz richtig erkannt, dass die Bevölkerung von Gaza eigentlich eben kein Interesse an dem Hamas-Terror und die Zivilbevölkerung Israels eigentlich eben kein Interesse an einer Eskalation des Konfliktes haben kann. Würde diese Erkenntnis nicht wieder als Rechtfertigung der eigenen Sache verdreht, sondern für sich betrachtet, ergäbe sich eine völlig neue Logik.

Betrachtet man die jeweilige Gewalt nämlich nicht unter dem Aspekt ihrer Rechtfertigung, sondern unter dem Aspekt ihrer Kontexte und Gründe, dann könnte man zu dem klugen Punkt



der israelischen Linken kommen, die betont, dass das Sicherheitsbedürfnis der jüdischen Zivilist*innen keineswegs durch eine rechte israelische Politik, die keine Friedensperspektive sondern immer wieder nur neues „hartes Durchgreifen“ kennt, gefördert wird, sondern dass genau diese Politik die Spirale der Gewalt immer weiter dreht. Und genau so könnte man auf pro-palästinensischer Seite erkennen, dass der Terror der Hamas eben keinesfalls zu irgendeiner Befreiung führt, sondern ja tatsächlich immer neue Luftangriffe und zivile Opfer zur Folge hat. Diese Analyse würde für das Freund/Feind-Denken aber die Todsünde bedeuten: „Gleichsetzung“ der Konfliktparteien.

Kritik der „Gleichsetzung“

Nichts ist aus Perspektive des Freund/Feind-Denkens verabscheuungswürdiger als die „Gleichsetzung“ der Konfliktparteien. Jede Seite kann für sich jeweils sehr genau die Punkte anführen, die ihr Anliegen fundamental von der anderen Seite unterscheiden. Die Ironie ist nun aber, dass die Forderung, auf keinen Fall beide Parteien „gleichzusetzen“, nicht etwa eine konkretere Analyse der jeweiligen Konfliktparteien, ihrer Geschichte, ihrer Mittel, ihrer Motivation oder ihrer Handlungsbedingungen zur Folge hätte. Es würde ja absolut Sinn machen, die jeweiligen Konfliktparteien in ihrer Unterschiedlichkeit ernst zu nehmen, immerhin wird diese von den Parteien selbst als so fundamental wahrgenommen, dass die Gewalt alternativlos erscheint. Aber eine solche historische Betrachtung der Hintergründe und Kontexte ist dem parteilichen Denken wiederum zutiefst verdächtig. Eine solche Analyse würde in jedem Konflikt notwendigerweise die Zusammenhänge und inneren Widersprüche der sich doch vermeintlich unversöhnlich und als monolithische Blöcke gegenüberstehenden Konfliktparteien aufzeigen. Wer sich die konkrete Geschichte und Struktur der Hamas oder die konkrete Politik und Strategie der israelischen Regierung anschauen will, müsste unweigerlich zu dem Schluss kommen, dass weder ein hochgerüsteter und immer wieder mörderischer Sicherheitsstaat, noch blinder Terrorismus einfach vom Himmel fallen, sondern sich gegenseitig historisch bedingen und nähren.

Diese Erkenntnis erscheint aus strikter Freund/Feind-Perspektive als völlig unzulässige Rechtfertigung der jeweils anderen Seite, weil diese mit der eigenen „gleichgesetzt“ wird. Dabei kann man die reale Differenz von Brutalität, Mitteln, Zwecken und Geschichten durchaus besser herausarbeiten, wenn beide Seiten in ihrer Wechselwirkung verstanden werden. Hinter der Verurteilung der „Gleichsetzung“ der Konfliktparteien steht daher viel mehr die Verurteilung ihres In-Beziehung-Setzens. Das Freund/Feind-Denken ist geprägt von wohl kultiviertem Desinteresse sowohl an den inneren Wirkungsmechanismen der feindlichen als auch an der eigenen Seite. Worum es geht, ist die Betonung der strikten Trennung von beiden an sich.

Die tatsächlich rechtsradikalen Propagandisten des Schmitt'schen Denkens sind darin explizit, wenn etwa der Verleger Götz Kubitschek seinen Antisemitismus kurz beiseitelässt, um festzustellen: „Israel unterscheidet im Ernstfall kompromisslos zwischen Freund und Feind – so auch jetzt. Diese Unterscheidung von ‚Wir‘ und ‚Nicht-Wir‘; die schlagartige, alles Phrasenhafte wegweisende Klärung der Lage, das Zusammenrücken der Nation, der hohe Mobilisierungsgrad, die Selbstverständlichkeit, mit der Israel zu den Waffen greift“ verlangen ihm höchste Bewunderung ab. Kubitschek ist zwar in seiner Wortwahl am radikalsten, aber eine vergleichbare Begeisterung für eine „alles Phrasenhafte wegweisende Klärung der Lage“ erlebt man im gesamten politischen Spektrum. Und unvermeidbar folgen dem Schmitt'schen Denken auch offener Rassismus und Antisemitismus bis in die Mitte des politischen Diskurses. Denn im strengen Freund/Feind-Denken bleibt als Erklärungsmuster für das Verhalten der anderen Seite ganz konsequent nur die rassistische beziehungsweise antisemitische Abwertung der Gegenseite, die an

latent vorhandene Einstellungsmuster nur noch anknüpfen muss. Wenn die Konfliktparteien nicht in Beziehung gesetzt werden dürfen (das wäre ja Rechtfertigung), dann bleibt als einzige Erklärung das innere Wesen der anderen Seite. Das ist auch der Grund, warum in jedem Krieg rassistische Ideologien weit über die Gruppe der Hardcore-Rechtsradikalen hinaus auf allen Seiten Verbreitung erfahren. Die Idee, dass entweder die Araber*innen in Gaza einfach eine natürliche Veranlagung zum Antisemitismus hätten und deshalb die Hamas dort so stark sei oder umgekehrt die Vorstellung, dass die Jüdinnen und Juden eben von sich aus rachsüchtig und mörderisch seien und deshalb eine besonders militaristische Gesellschaft erschaffen hätten, braucht für ihre massenhafte Verbreitung jeweils gar keine Rassenlehre. Sie bleibt ganz konsequent als einzige Denkkoption übrig in einer Logik, die aus dem Drang, nichts rechtfertigen zu wollen auch nichts mehr erklären kann.

Karl Müller-Bahlke
KV Göttingen



Bild: Plato Terentev

Wie erleben unsere Partnerorganisationen in Nahost die erneute Eskalation des Israel-Palästina-Konflikts?

– Interview mit Hilde (internationale Referentin im Bundesvorstand)

Miriam: Zuallererst habe ich die Frage an dich, mit welchen Partnerorganisationen in Israel und Palästina wir denn überhaupt vernetzt sind?

Hilde: Wir sind mit den Organisationen aus der Region vernetzt, die in der IFM-SEI (International Falcon Movement - Socialist Education International) sind. Das sind die Noal (Noar HaOved VeHalomed), Hashomer Hatzair, die Ajyal und die IYU. Die Noal ist eine israelische Organisation und sehr gewerkschaftsnah, vergleichbar mit der DGB Gewerkschaftsjugend. Sie vereint jüdische, arabische und drusische Bevölkerungsgruppen in sich. Die IYU (Independence Youth Union) ist eine palästinensische Organisation. Sie sind ein Jugendverband, der wie wir Kinder- und Jugendarbeit und Bildungsarbeit macht. Sie bezeichnen sich selbst als demokratische, sozialistische und säkulare Organisation. Hashomer Hatzair ist eine linke jüdisch-zionistische und säkulare Organisation. Und dann gibt es noch die Ajyal, die eng mit Hashomer Hatzair zusammenarbeitet. Sie organisiert arabische Kinder und Jugendliche in Israel.

Miriam: Hashomer, Ajyal und Noal sind also in Israel verortet, die IYU aber in Palästina?

Hilde: Ja.

Miriam: Und gehört es zum Arbeitsfeld all dieser Organisationen dazu, im weiteren Sinne Friedensarbeit zu machen?

Hilde: Genau. Diese vier sind eigentlich alle seit Anfang der 00-er Jahre im Willy-Brandt-Center organisiert, wo sie sich treffen und austauschen können, um an Friedenskoooperation zu arbeiten. Diese Zusammenarbeit ist damals im Kontext von Friedensprozess und möglicher Zwei-Staaten-Lösung entstanden. Inzwischen ist das in beiden Gesellschaften eine stark marginalisierte Position. Auf palästinensischer Seite wird einem schnell vorgeworfen, die Besatzung zu normalisieren. Da reicht es schon, überhaupt mit Organisationen in Israel zu reden. In der israelischen Gesellschaft wird diese Position vielleicht nicht so stark verfolgt, ist aber auch keine, mit der man sich positiv profilieren könnte. In der Linken schon, gesamtgesellschaftlich aber nicht. Deswegen ist auch die Arbeit des WBC in den letzten Jahren immer schwieriger geworden.

Miriam: Kannst du etwas darüber erzählen, wie unsere Partner*innen die Lage vor Ort erleben?

Hilde: Hashomer Hatzair war in seinen eigenen Kibbuzim direkt von dem Angriff betroffen. Mitglieder der Organisation sind dabei getötet und als Geiseln genommen worden. Gleiches gilt für die Noal, auch sie haben Kibbuzim bei Gaza, die betroffen sind. Sie müssen gerade also schauen, wie sie ihre Communities unmittelbar unterstützen können und damit sind sie auch primär beschäftigt. Für die Ajyal gilt das auch, beduinische Communities im Süden waren ebenfalls vom Angriff der Hamas betroffen. Die IYU hat keine Organisationsstrukturen im Gazastreifen, sondern in der Westbank. Durch Straßenblockaden von Siedler*innen sind viele Menschen in Palästina nicht in der Lage, ihre Wohnorte zu verlassen. Außerdem berichten unsere Genoss*innen von einem hohen Zuwachs an Gewalt gegen alle, auch gegen Kinder und Jugendliche, und sind natürlich in Sorge um Freund*innen und Angehörige im Gazastreifen.

Die innenpolitische Lage war in Israel schon seit Beginn des Jahres angespannt, sie war geprägt von großen Protesten gegen die Justizreform. Und was jetzt gerade passiert, ist, dass diese Regierung, von der unsere Genoss*innen in Israel seit Jahren sagen, dass sie sehr rechts ist, auf weitere militärische Abschreckung und Eskalation setzt. Wenn man sich ein bisschen mit dem Konflikt beschäftigt, sollte einem klar werden, dass man ihn militärisch nicht lösen können. Das ist eine vielleicht banale, aber wichtige Erkenntnis, die unseren Partner*innen sehr bewusst ist: der Krieg wird den Konflikt nicht lösen. Die einzig mögliche Lösung ist irgendeine Art von politischer Übereinkunft, die für beide Seiten lebbar ist.

Von außen könnte man erst einmal meinen, dass unsere Partner*innen jetzt verzweifelt sind und sich ohnmächtig fühlen. Ich habe aber das Gefühl, dass sie vor allem dadurch, dass sie so schnell ins Handeln gekommen sind, anders reagieren konnten. Dieser aktive Umgang mit Krisensituationen ist etwas, das uns bei unseren Partner*innen schon vorher aufgefallen ist. Auch jetzt haben sie nach ein, zwei Tagen angefangen z.B. Menschen zu unterstützen, die ihre Wohnorte verlassen mussten und pädagogisch mit den Kindern zu arbeiten. Im Moment ist es auch so, dass Schule viel über Zoom läuft, die Menschen aber wieder arbeiten gehen müssen, wodurch ein Betreuungs-Gap entsteht.

Da versuchen die Organisationen reinzugehen und an den Kindern dranzubleiben, auch um zu verhindern, dass sie vereinzeln.

In der jetzigen Situation versuchen viel mehr Menschen ehrenamtlich aktiv zu werden und sich gegenseitig zu unterstützen. Es gibt Volunteers, die sich melden und für die die Organisationen Workshops anbieten, z.B. zu Community-Arbeit, Resilienz oder Traumapädagogik. Was ich aktuell spannend finde, ist, dass innerhalb der israelischen Bevölkerung Kritik an Netanjahus Kurs, dem Konflikt ausschließlich militärisch zu begegnen und die aktuelle Situation weiter zu eskalieren, indem eine Offensive gegen den Gazastreifen geplant wird, laut wird. Und unser Eindruck ist, dass sich diese Kritik nicht auf die Linke beschränkt.

Miriam: Es hat also an Überzeugungskraft verloren, dass Abschreckung, Aufrüstung und militärische Reaktionen der Weg zu mehr Sicherheit sind?

Hilde: Genau. Auf einmal sind Friedensprozess oder Zwei-Staaten-Lösung doch wieder Begriffe, die ab und zu fallen. Das ist eine Entwicklung, die vorsichtig optimistisch machen kann. Doch die Situation ist komplex: auch Hashomer Hatzair und NOAL haben Leute in die Reservearmee geschickt. Sie sind also offensichtlich von der Notwendigkeit des Militärs überzeugt – und setzen sich gleichzeitig für einen Friedensprozess ein.

Miriam: Haben die drei Organisationen in Israel gerade Kontakt zur IYU?

Hilde: Die Ajyal und die IYU haben regelmäßig Kontakt. Die Noal und Hashomer aber nicht. Man muss dazu sagen, dass die Situation vor dem 7. Oktober ähnlich war, auch da gab es wenig bis keinen Kontakt zwischen den Organisationen. Das hängt mit der gesellschaftlichen Entwicklung zusammen, die wir schon besprochen haben, dass nämlich Friedensprozess und Zwei-Staaten-Lösung aus dem politischen Diskurs gedrängt wurden. Dadurch ist es den Organisationen schwerer vermittelbar, was ihr Interesse daran sein könnte, miteinander in den Austausch zu treten und dafür zu riskieren, in der eigenen Gesellschaft angegriffen zu werden.

Miriam: Und ist das Verhältnis zwischen der IYU und den jüdischen Organisationen von Vorsicht geprägt oder auch von Feindseligkeit?

Hilde: Wenn Annäherung passiert, dann ganz langsam und vorsichtig. Die internationalen Seminare, wie z.B. die Winter School über Silvester im KLH sind in der Vergangenheit öfter Orte gewesen, an denen sich Palästinenser*innen und Israelis treffen und das wird wohl auch dieses Jahr wieder so sein. Das Internationale Team des KLH gibt sich große Mühe dort einen Rahmen für Austausch und Begegnung zu schaffen. Das macht diese Seminare sehr besonders.

Miriam: Und kannst du etwas dazu sagen, wie die IYU gerade ganz praktisch reagiert?

Hilde: Die IYU ist nochmal deutlich marginalisierter. Ich habe den Eindruck, dass es für sie deutlich schwieriger ist, irgendwelche Programme aufzuziehen.

Miriam: Was kannst du über das jeweilige Verständnis unser Partner*innen davon, „wie es so weit kommen konnte“ erzählen?

Hilde: Ganz aktuell ist es nicht so, wie wir es z.B. in der deutschen Linken erleben, dass die ganze Zeit Statements gepostet werden, weil sie mit anderen Dingen beschäftigt sind. Schon vor dem Angriff der Hamas haben sie uns aber vermehrt und mit großem Nachdruck vom Rechtsruck innerhalb der israelischen Gesellschaft erzählt. In Israel wird noch mehr als in anderen Staaten, von denen wir diese Strategie ja auch kennen, versucht, innenpolitische Konflikte sicherheitspolitisch zu „lösen“, indem für die Verteidigung nach außen eine nationale Einheit nach innen beschworen und hergestellt wird. Sozialpolitische Auseinandersetzungen wurden der Sicherheitspolitik immer wieder untergeordnet. Diese Strategie hat in den letzten 20 Jahren dafür gesorgt, dass innergesellschaftliche Diskussionsräume zugegangen sind. Der Diskurs ist rechter geworden und die Anti-Occupation-Politik der Linken wurde an den Rand gedrängt. Zu der These, die man gerade auch viel hört, dass der Terror der Hamas das Resultat der gestiegenen Anerkennung Israels durch die Staaten in der Region sei, dass Israel also ein besseres Standing in der Region gewinnt, habe ich von den Partner*innen bislang keine Einschätzungen gehört.

Miriam: Wie erleben unsere Partner*innen die internationale Linke aktuell und wie beurteilen sie deren Reaktionen, Forderungen und Stellungnahmen?

Hilde: In der IFM gibt es schnell einen pro-palästinensischen Diskurs, in dem die israelischen Perspektiven hinten runterfallen. Davon sind Hashomer und insbesondere die Noal vor den Kopf gestoßen, wenn die eigene Dachorganisation sich sehr schnell auf eine Seite schlägt und einseitige Solidarität einfordert. Andererseits kritisiert die IYU, dass sich Linke in vielen Ländern, unter anderem auch in Deutschland, sehr schnell auf die Seite des eigenen Staates schlagen und dann wiederum einseitig solidarisch mit Israel sind und ihre Perspektive unter den Tisch fallen lassen. Mein Eindruck ist, dass

immer dann die Wut und die Enttäuschung groß sind, wenn sich internationale Linke einseitig und dann auch noch mit dem Staat solidarisieren. Es wird viel darauf gepocht, zwischen der Bevölkerung oder auch verschiedenen Gruppen innerhalb der Bevölkerung und der Regierung zu differenzieren.

Miriam: Siehst du auch, dass es Irritationen bei unseren israelischen Partner*innen gibt, wenn sich Linke mit dem israelischen Staat solidarisieren? Ich stelle es mir gelinde gesagt irritierend vor, wenn sich Linke anderswo mit der Regierung solidarisieren, gegen die ich seit Jahrzehnten kämpfe.

Hilde: Da wäre ich bei dir. Ich vermute, anschließend an das, was du sagst, dass unsere Genoss*innen eine undifferenzierte Solidarisierung, die eine rechte Regierung einschließt, absurd finden. Ich denke auch, dass wir nicht bei der Position „es gibt Opfer auf beiden Seiten und die Opfer beider Seiten sind zu betrauern, die Eskalation der Gewalt lehnen wir ab“ stehen bleiben sollten, sondern versuchen müssen, den deutschen Diskurs zu verstehen. Worin besteht das Interesse des deutschen Staates daran, sich auf diese Weise israelsolidarisch zu zeigen? Dann kommt man vielleicht auch argumentativ dahin, sich nicht unkritisch der deutschen Staatsdoktrin anzuschließen und versteht, warum das auch nicht im Interesse unserer Genoss*innen vor Ort sein kann. Allgemein denke ich, dass es nicht auf Gegenliebe stößt, wenn deutsche Linke meinen, sie wüssten am besten was die israelische und palästinensische Linke nun zu tun habe. Das heißt nicht, dass man zu nichts mehr irgendetwas sagen darf: politische Diskussionen miteinander zu führen ist vielleicht wichtiger denn je. Ich würde aber sagen, es wird in dem Moment zum Problem, wo man als deutsche Linke um die Ecke kommt und meint, man hätte den Lösungsvorschlag in der Tasche, der dann aber große Teile des Konflikts vergisst.

Miriam: Was sagen unsere Partner*innen dazu, was wir hier in Deutschland tun können, um sie zu unterstützen, jenseits der Spendenkampagne, die es ja schon gibt?

Hilde: Nach Palästina kann man gerade nicht aus Deutschland spenden und das erwartet die IYU auch nicht. Sie wünschen sich vor allem, dass ihre Perspektive nicht vergessen wird. Daran sollte man auf jeden Fall in Diskussionen bei den Falken und auch in anderen Kontexten denken, dass wir ja auch Genoss*innen in Palästina haben, die unter großem Risiko für sich selbst für einen Friedensprozess eintreten. Hashomer und Noal hilft es sehr, wenn man die Spendenkampagnen unterstützt. Wir haben in den letzten Wochen außerdem sehr positive Rückmeldungen bekommen, wenn sich Falken einfach gemeldet haben und signalisiert haben, dass sie in Gedanken bei ihnen sind.

Miriam: Damit sind all meine Fragen beantwortet. Willst du noch etwas unterbringen, das bisher nicht vorkam?

Hilde: Was uns als organisierte Linke interessieren sollte, ist der Anstieg von antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft und was wir dagegen tun können. Unsere Genoss*innen in Israel und Palästina freuen sich, wenn wir uns melden, in erster Linie sollten wir aber den Blick hierher lenken und beobachten, wie hier diskutiert wird oder auch nicht diskutiert wird und uns fragen, wie wir gegen den krassen Anstieg von Rassismus und Antisemitismus aktiv werden können.

Miriam: Der zeigt sich ja auch ganz direkt in der konkreten Arbeit, die wir machen, in der Stadtteilarbeit oder ganz generell in der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen.

Hilde: Stimmt. Das ist auch eine ganz wichtige Frage für uns: wie geht man denn pädagogisch damit um, wenn Fragen zum Konflikt kommen?

Miriam: Ja, oder auch wenn direkt der Rassismus oder der Antisemitismus in unsere Räume getragen wird. Das sieht man ja erschreckend oft, dass sich Konflikte zwischen Staaten über die Kinder bis in unsere Räume hinein fortsetzen. Ich habe neulich mit einem 9-jährigen Mädchen geredet, das in der Schule auf Anordnung der Lehrerin nicht mehr russisch sprechen darf, woraufhin sie zu mir meinte, ich finde Putin ja auch blöd, aber was kann ich denn dafür? Da war sie klüger als ihre Lehrerin.

Hilde: Außerdem sind die Kinder natürlich den Bildern ausgesetzt, die in diesem Krieg besonders grausam sind. Auch darauf müssen wir Antworten finden. Das macht die Kinder traurig und sie finden es schlimm, können den Konflikt aber gar nicht begreifen. Den Schock können wir ihnen nicht nehmen, wir sollten aber auf dem Schirm haben, dass und wie Kinder den Krieg medial mitkriegen und dass sie sich große Sorgen machen. Wir sind gut darin beraten zu schauen, was passiert hier bei uns und in unserer Arbeit? Wie kann es z.B. sein, dass über Wochen Demos verboten werden? Das ist wichtiger, als immer wieder geopolitische Statements abzugeben. Wir sind ja nicht im Außenministerium (lacht). Zum Glück.

Das Interview führte Miriam Bähr

aus der Redaktion, KV Bremen
mit Hilde Teichgräber
LV Hamburg

Spendenaktion und weitere Infos

Hier geht es zur Spendenaktion von Hashomer Hatzair:
sozialspende.de/projekt/id/5070

In dieser Broschüre findet ihr u.a. ausführlichere Vorstellungen unsere Partner*innen und des WBCs:

wir-falken.de/de/publications/bro-ik-nahost-2013



Grundzüge einer sozialistischen Strategie

Was wir von Rosa Luxemburg über den Staat und unsere Aufgaben als Erziehungs- und Bildungsverband lernen können

Dieser Text stellt nur meine Einzelposition dar; eingeflossen sind allerdings Erkenntnisse aus einem Lesekreis, den wir in Nürnberg organisiert haben. Außerdem danke ich den Genossen PG, Nico und Matti für wertvolle Anmerkungen. Ich freue mich auf Kritik und Antworten – entweder in der AJ oder direkt an mich (schreibt an buero@falken-nuernberg.de, dann kann euch mein Kontakt vermittelt werden).

Online abrufbar unter: marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/

Auf der Bundeskonferenz im Mai 2023 haben wir einen Leitantrag diskutiert und beschlossen, mit dem wir für die nächsten zwei Jahren den Fokus auf unser Verständnis und unsere Kritik des Staates im Kapitalismus legen wollen. Dabei geht es auch um grundlegende strategische Fragen: In welchem Verhältnis steht unser Verband zum kapitalistischen Staat und der bürgerlichen Demokratie? Was erwarten wir uns von beiden? Was bedeutet das für uns als Sozialistische Jugend?

Ich bin der Ansicht, dass wir Sozialismus nicht mit diesem Staat machen können – das wirft allerdings viele Fragen für unseren Verband auf. Dazu will ich einige Thesen aufstellen und greife dafür auf Rosa Luxemburg zurück. Ich meine, dass wir einiges aus ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ lernen können.

A: Kapitalistischer Staat und bürgerliche Demokratie

1. Der kapitalistische Staat tritt uns als Gewaltverhältnis gegenüber, dessen Ziel die Machterhaltung der herrschenden Klasse und die Erfüllung ihrer allgemeinen Zwecke ist.

Der Staat entstand historisch, um die Herrschaft einer Klasse über eine andere zu sichern. Die herrschende Klasse im Kapitalismus setzt sich dabei – knapp beschrieben und damit notwendigerweise verkürzt – sowohl aus den Eigentümer*innen der großen Konzerne, der Großaktionäre und Topmanager als auch den Spitzen der bürgerlichen Parteien zusammen. Diese üben Herrschaft über uns aus, indem sie uns mittels Gesetzen, Polizei und Behörden vom gesellschaftlichen Reichtum (Wohnraum, Essen, Produktionsmittel, ...) ausschließen und uns damit zum Arbeiten zwingen. Diese Herrschaft beruht jedoch nicht auf einem bösen Willen, sondern auf dem abstrakten Zwang der kapitalistischen Konkurrenz, welche ohne den Staat als allgemeiner (und damit auch scheinbar über dem Klassengegensatz stehenden) Macht ihre eigene Grundlage zerstören würde: So gibt es beispielsweise ein allgemeines Gesetz und eine allgemeine Polizei, nicht Privatarmeen der Kapitalisten, die sich gegenseitig bekämpfen (zumindest in der bürgerlichen Demokratie). Das Fortbestehen des Privateigentums wird so auch gegen die einzelnen Kapitalfraktionen gesichert.

Luxemburg beschreibt das so:

„Zunächst ist der heutige Staat eine Organisation der herrschenden Kapitalistenklasse. Wenn er im Interesse

der gesellschaftlichen Entwicklung verschiedene Funktionen von allgemeinem Interesse übernimmt, so nur, weil und insofern diese Interessen und die gesellschaftliche Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse im allgemeinen zusammenfallen.“ (Teil 1, Abschnitt 4 – ich zitiere nach den jeweiligen Abschnitten, weil sich die Seitenzahlen in vielen Ausgaben unterscheiden)

Die herrschende Klasse ist kein einheitlicher Block, im Gegenteil: Es gibt sehr verschiedene Ansichten, wie Deutschland zu führen sei – also wie das deutsche Kapital am meisten Profit macht und wie der deutsche Staat sich am besten in der internationalen Konkurrenz behauptet. Welche Interessen sich als **die Allgemeinen** durchsetzen, ist dabei immer Teil des Konflikts zwischen den verschiedenen Parteien und den ihnen nahestehenden Kapitalfraktionen.

Man sieht das beispielsweise am innerhalb der Parteien hart umstrittenen „Inflationsausgleich“, um den für das deutsche Kapital relevanten Privatkonsum der Bevölkerung trotz steigender Lebenshaltungskosten stabil zu halten. Oder an der neuen Energiepolitik, die zwar auch mit Klimaschutz begründet wird, vor allem aber Autarkie – also Unabhängigkeit – vom politischen Gegner Russland zum Ziel hat und von den Unternehmensverbänden sehr unterschiedlich bewertet wird. In beiden Maßnahmen drückt sich aus, welche Interessen der herrschenden Klasse sich gerade als die Allgemeinen durchsetzen: Brotkrumen zur Einbindung der arbeitenden Klasse statt kompletter Verarmung im Inneren, Orientierung allein auf die USA statt Zwischenposition zwischen USA und Russland nach außen.

2. Die bürgerliche Demokratie ist eine praktische Art der Verwaltung des Gewaltverhältnisses ›Staat‹; in ihr ist jedoch immer auch ihr Wandel zu autoritärer Herrschaft angelegt.

Die Demokratie, in der wir leben, ist eine bürgerliche Demokratie. Diese hat sich in historisch im Kampf gegen den Feudalismus (Stichwort frz. Revolution) herausgebildet: Die direkte Herrschaft durch Adel und Kirche wurde von einer indirekten Herrschaft abgelöst. Indirekt bedeutet, dass niemand mehr persönliche Macht über uns ausübt, wir aber gezwungen sind, unsere Arbeitskraft an unsere Chef*innen zu verkaufen, da uns sonst die Mittel fehlen, um zu überleben. In den kapitalistischen Zentren ist die bürgerliche Demokratie eine praktische Art der Verwaltung des Staates, weil sie die Bevölkerung einbindet, ohne jedoch grundlegende Änderungen durch

die bereitgestellten Mechanismen zu ermöglichen – man kann auf dem Wahlzettel viele Parteien ankreuzen, aber nicht die Aufhebung des Kapitalismus. In der Schule und im Betrieb haben wir dann wieder gar nichts zu melden und überhaupt dürfen nicht mal alle Menschen wählen, sondern in der Regel nur Erwachsene mit deutschem Pass. In der bürgerlichen Demokratie ist jedoch auch immer der Wandel zu einer autoritären Form von Herrschaft angelegt. Luxemburg formuliert das folgendermaßen:

„Zwar der Form nach dient der Parlamentarismus dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Andererseits aber ist es doch nur die kapitalistische Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft, in der die kapitalistischen Interessen maßgebend sind, die er zum Ausdruck bringt. Die der Form nach demokratischen Einrichtungen werden somit dem Inhalt nach zum Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen. Dies tritt in greifbarer Weise in der Tatsache zutage, daß, sobald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen, die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden.“ (Teil 1, Abschnitt 4)

Obwohl Luxemburg das vor über 100 Jahren geschrieben hat, zeigt sich das auch und gerade in den letzten Jahren sehr deutlich: Zig verschärfte Polizeiaufgabengesetze in den letzten Jahren, eine immer weiter gehende Abschottung der Festung Europa, krasse Repression gegenüber der Letzten Generation sowie im „Antifa Ost“-Verfahren oder die politische Zurichtung des Volksverhetzungsparagrafen und damit das Unterbinden einer öffentlichen Diskussion über Kriegsverbrechen. You name it.

3. Die Überwindung des Kapitalismus ist nicht durch gesetzliche Reformen, sondern nur auf revolutionärem Weg möglich.

Ein zentraler Punkt im Luxemburgs Schrift ist die Auseinandersetzung mit „Revisionismus“ innerhalb der sozialdemokratisch-sozialistischen Bewegung – das bedeutet, die Erkenntnisse aus These 1 und 2 bzw. des dahinter stehenden marxistischen Staatsverständnisses über den Haufen zu werfen – und „Opportunismus“ – das politische Handeln, was daraus folgt. Ich meine, dass diese Auseinandersetzung auch heute noch relevant ist. Das Argument lautet zugespitzt formuliert etwa so: Eine allmähliche Entwicklung hin zu

einer sozialistischen Gesellschaft wäre möglich, weil der Staat eigentlich „uns alle“ vertritt. Wenn dann die Gewerkschaften nur stark genug wären und endlich mal die richtige Partei an der Regierung ist, dann werden ein paar Gesetze geändert und damit der Sozialismus eingeführt (oft ohne sich darauf zu verständigen, was dieser Sozialismus eigentlich sein soll). Luxemburg entgegnete diesen Vorstellungen:

„Der Proletarier wird durch kein Gesetz gezwungen, sich in das Joch des Kapitals zu spannen, sondern durch die Not, durch den Mangel an Produktionsmitteln. Kein Gesetz in der Welt kann ihm aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft diese Mittel zu dekretieren, weil er ihrer nicht durch Gesetz, sondern durch ökonomische Entwicklung beraubt wurde. [...] die Tatsache selbst der Ausbeutung beruht nicht auf einer gesetzlichen Bestimmung, sondern auf der rein wirtschaftlichen Tatsache, daß die Arbeitskraft als Ware auftritt, die unter anderem die angenehme Eigenschaft besitzt, Wert, und zwar mehr Wert zu produzieren, als sie selbst in den Lebensmitteln des Arbeiters vertilgt. Mit einem Worte, alle Grundverhältnisse der kapitalistischen Klassenherrschaft lassen sich durch gesetzliche Reformen auf bürgerlicher Basis deshalb nicht umgestalten, weil sie weder durch bürgerliche Gesetze herbeigeführt, noch die Gestalt von solchen Gesetzen erhalten haben.“ (Teil 2, Abschnitt 3)

Der kapitalistische Staat ist also ein Gewaltverhältnis, die bürgerliche Demokratie nur mehr eine praktische Methode der Verwaltung und die Überwindung des Kapitalismus ist nicht durch gesetzliche Reformen möglich. Was folgt daraus für uns?

B: Unsere sozialistische Strategie

4. Als sozialistische Jugend muss es uns um die Bildung und Erziehung von Revolutionär*innen gehen, die Falkenarbeit darf kein Selbstzweck sein.

Für Luxemburg gibt es starke Unterschiede darin, wie man politische Aktivität in Gewerkschaften, Parteien aber auch Organisationen wie uns Falken angehen kann:

„Die große sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes besteht darin, daß sie die Erkenntnis, das Bewußtsein des Proletariats sozialisieren, es als Klasse organisieren.“ (Teil 1, Abschnitt 5)

Für unsere sozialistische Erziehung bedeutet das: Wir müssen sie als Mittel nutzen, uns gegenseitig im Verband zu klassenbewussten Revolutionär*innen zu erziehen. Das bedeutet neben dem Wissen über Geschichte und Kultur der Arbeiter*innenbewegung, praktischen Fertigkeiten und allgemeinem politischen Wissen vor allem auch die strategische Einsicht: Dieser kapitalistische Staat kann nicht übernommen, nicht zu einem sozialistischen Staat entwickelt, sondern muss zerschlagen werden.

5. Der Kampf um demokratische Rechte ist für uns trotz der Tatsache, dass auch bürgerliche Demokratie nur eine Form kapitalistischer Herrschaft ist, keineswegs überflüssig – ganz im Gegenteil muss er elementarer Bestandteil unserer Strategie sein.

Der Demokratie wohnt nicht nur die Tendenz zum autoritären Umschlag inne, sondern ebenfalls die Tendenz, „ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen“. Dies zeigt Luxemburg an den fortschrittlichen Elementen der bürgerlichen Demokratie, die uns nicht nur in den Staat einbinden, sondern auch zu Mitteln unserer politischen Macht werden können:

„Ist die Demokratie für die Bourgeoisie teils überflüssig, teils hinderlich geworden, so ist sie für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich. Sie ist erstens notwendig, weil sie politische Formen (Selbstverwaltung, Wahlrecht u. dergl.) schafft, die als Ansätze und Stützpunkte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienen werden. Sie ist aber zweitens unentbehrlich, weil nur in ihr, in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann.“ (Teil 2, Abschnitt 3)

Als Verband bieten wir sehr wichtige Stützpunkte: Durch die Mittel aus Jugendringen, „Demokratie leben!“ et cetera haben wir Ressourcen und Räume zur Verfügung, die wir für Gruppen- und Zeltlagerarbeit nutzen. Damit können wir Kindern und Jugendlichen nicht nur eine Auszeit von den Zumutungen des Kapitalismus, sondern auch ein Aufwachsen als Teil der Arbeiter*innenbewegung ermöglichen. Wie wir im Leitantrag festgehalten haben, wird das in den nächsten Jahren auch für die breitere linke Bewegung immer wichtiger, weil wir einer der wenigen Verbände mit großer Infrastruktur sind. Wenn wir den Sozialismus aufbauen wollen, dann darf unser Kampf um Mittel für unsere Arbeit genauso wie unser allgemeiner politischer Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen oder unser Wirken in Gewerkschaften nicht für sich alleine stehen bleiben. **Taktik** bedeutet in diesem Fall, dass wir uns nicht isolieren, sondern mit unseren Verbündeten – in Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch der linken Szene – zusammenarbeiten, wenn uns das stärkt. **Strategie** bedeutet aber, auch wirklich auf eine Stärkung der Kräfte hinzuarbeiten, die mit bürgerlicher Herrschaft, Ausbeutung und Krieg grundsätzlich brechen wollen. Die Kämpfe, die wir führen, müssen immer auch der Entwicklung des Klassenbewusstseins und dem Wiederaufbau einer starken, kämpferischen Arbeiter*innenbewegung dienen. Die Bewusstseinsbildung beginnt im eigenen Verband, muss aber über ihn hinauswachsen.

Ob wir damit erfolgreich sind, muss stets kritisch überprüft werden – anhand

welcher Kriterien eine solche Prüfung stattfinden kann, müssen wir gemeinsam herausfinden.

6. Wir müssen uns klar darüber sein, was der Staat von uns Falken erwartet: Erziehung nicht von Kämpfer*innen, sondern von Fans der bürgerlichen Demokratie und produktiven Arbeiter*innen für das nationale Kapital. Das bedeutet in der Konsequenz: Je sozialistischer wir werden, desto mehr geraten wir in Gefahr.

Jedes Zugeständnis an uns ist mit einem Zweck für die herrschende Klasse verbunden. Was uns Falken betrifft: Da geht es meiner Meinung nach nicht nur um die Auslagerung von Erziehungs- und Freizeitangebot auf unsere meist ehrenamtlichen Schultern. Es geht auch darum, dass die Kinder und Jugendlichen, die bei uns aufwachsen und Erlebnisse realer Mitgestaltung machen, sich als Erwachsene dann an der bürgerlichen Demokratie beteiligen sollen – gerne mit Kritik, aber nur solange sie im Rahmen der bestehenden Verhältnisse bleibt, und immer als produktive Arbeiter*innen.

Wenn wir es mit sozialistischer Erziehung ernst meinen, dann kann das jedoch nicht unser Ziel sein. **Je mehr unsere Erziehung jedoch klassenbewusst, also im wirklichen Sinn kritische und damit die bestehende Gesellschaft radikal ablehnende Menschen produziert, desto härter wird der Kampf um Mittel und die Repression gegen den Verband werden.** Wir stehen also vor der komplizierten Aufgabe, dass ein bewusstes Vertreten unserer Klasseninteressen notwendigerweise zu einer Gefährdung unseres Verbands führt (auch und insbesondere durch die sozialdemokratischen Verwalter, die Teil des Staates geworden sind).

C: Offene Fragen für unsere Debatte um Staatskritik

Aus diesen Überlegungen ergeben sich für mich vier Fragen, mit denen wir uns befassen sollten:

- *Wie halten wir es mit Partei- und Gewerkschaftspolitik, wie wollen wir mit unseren Verbündeten in Zukunft zusammenarbeiten, was bedeutet erfolgreiche Zusammenarbeit dabei für uns?*
- *Wie kann eine Praxis aussehen, in der die Arbeit im und außerhalb des Verbands gemeinsam zur Bewusstseinsbildung nicht nur von uns, sondern der Arbeiter*innenklasse insgesamt beitragen?*
- *Brauchen wir eine Erwachsenenorganisation, die sich aus unserer Erziehungsarbeit rekrutiert und eine eigenständige allgemeine Praxis entwickeln kann?*
- *Was tun wir, wenn wir nicht nur gegen den Staat, sondern der Staat auch gegen uns ist – wenn uns also nicht nur Mittel gekürzt werden, sondern wir Repression erfahren?*

Tobi

UB Nürnberg

Kriegsgründe und Kriegsbegeisterung

Antwort auf den Artikel „Endlich wieder Krieg“ in der AJ Ausgabe 3/2022 – Krieg und Frieden

In seinem Text „Endlich wieder Krieg“ in der AJ Ausgabe (3/2022) möchte der Genosse Jan aus Thüringen die aktuelle gesellschaftliche Kriegsbegeisterung als Auswuchs einer liberalen Ideologie beispielhaft darstellen und kritisieren. Dabei verliert er sich in einer unzureichenden Erklärung des Krieges und falschen Forderungen nach einer deutschen Kriegsbegeisterung. Wie er das tut und insbesondere die Schlüsse, die er aus seiner Analyse zieht, wollen wir hier rekonstruieren und zur Diskussion stellen.

Der Text beginnt mit der Einführung des Charakters „Jean“ aus Simone de Beauvoirs Roman „Das Blut der anderen“. Jean soll ein Kommunist und Gewerkschaftler sein, allerdings ein solcher, der eine sehr individualisierte Vorstellung von Freiheit verinnerlicht zu haben scheint. Er lebt nach dem Grundsatz „Meine Freiheit hört dort auf, wo die der anderen beginnt.“ Im Artikel wird beschrieben, wie sich dieses Narrativ im Hauptcharakter verselbstständigt und zum Beispiel einer „bis ins Extreme gewendeten liberalen Ideologie der Privatperson“ wird. Jean ist nämlich letztlich der Überzeugung, jede Beeinflussung anderer, beschränke deren Freiheit und so wird er – durch den eigenen Vorsatz, die individuelle Freiheit anderer unangetastet zu lassen

– handlungsunfähig. Denn kaum ein menschliches Handeln innerhalb einer Gesellschaft lässt andere komplett uneinflusst. Der Roman spielt im Zweiten Weltkrieg und so kommt es dazu, dass Jean sich der Résistance anschließt. Im kritisierten Artikel heißt es, Jean würde „eingezogen und in den Kampf geschickt“, aus dem Buch geht aber hervor, dass Jean – aufgrund seines zwanghaften individualistischen Freiheitsideals – zwar zerrissen ist und sowohl den Pazifismus als auch den Bellizismus¹ moralisch anzweifelt, er sich letztlich aber bewusst dazu entscheidet, als Soldat zu dienen. Er kommt letztlich zu dem Schluss, dass zwar „alle Mittel schlecht“, aber doch alles „besser als der Faschismus“ sei. In der kriegerischen Auseinandersetzung scheint er plötzlich von jeglicher Selbstzerrissenheit befreit, durch das Töten als Soldat realisiert er die „totale Freiheit“ – welche aber natürlich nur das andere Extrem eines individualisierten Freiheitsbegriffs darstellt. „Das Blut der anderen“, also das maximale Beschneiden ihrer Freiheit, wird zu Jeans individueller Befreiung.

Der Genosse schlägt nun einen Übergang vom Buch zur Realität, indem er einen Vergleich anstellt: Das individuelle Befinden des fiktiven Charakters lasse sich übertragen auf die gesellschaftlichen

Verhältnisse. Auch unsere Gesellschaft sei von Selbstzerrissenheit geprägt: sie spaltet sich in Besitzende und Besitzlose, in Herrschende und Beherrschte, starke Interessenunterschiede herrschen. Letztlich ist es ein „Alle gegen Alle“. Um die dauerhafte gegenseitige Konkurrenz, zu der wir materiell gezwungen sind, zu legitimieren, bietet unsere Gesellschaft das Heilsversprechen, dass am unbegrenzten Wirtschaftswachstum ja alle profitieren könnten.

Der Klassegegensatz offenbart sich

Im Abschnitt „Wenn die Krisenlösung scheitert...“ beginnt der Autor nun damit, sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus genauer anzuschauen. Dabei impliziert er, dass aufkommende Krisen dazu führen, dass der bisher verdeckte Klassenkampf den Menschen auf einmal klar wird. Dem bürgerlichen Recht wird hier die Funktion zugesprochen, diese Krisen und Konflikte einzuhegen. Wenn diese aber zu groß werden, dann scheitert das Recht und die Klassenlage der Individuen entpuppt sich.

Aus unserer Perspektive entgehen dem Genossen dabei zwei zentrale Punkte: (1) Der Autor gibt dem Recht die Rolle der Aufstandsbekämpfung sowie der

¹ Während Pazifismus eine Grundhaltung bezeichnet, die jede Anwendung von Gewalt ablehnt und mit aller Kraft für den Frieden eintritt, befürwortet Bellizismus den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung von Zielen.



So sah die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914 aus.

sozialen Einhegung der Krisenfolgen. Da wollen wir gar nicht dagegen argumentieren, das ist sicher ein Zweck des Rechts. Dennoch meinen wir, kann dies nicht dessen einzige Bestimmung sein. Der Nationalstaat mit seinen drei Gewalten liefert mehr: überhaupt erst die Grundlage des Wirtschaftens. Der Staat setzt mit seinen Gesetzen das Privateigentum durch, und gibt vor wie jenes in der Praxis auszusehen hat. Mit dem Recht setzt er die Regeln, unter denen es zu wirtschaften gilt: was in der Produktion und in der Reproduktion erlaubt ist und was nicht. Der Staat setzt die Konkurrenz und das Vertragsrecht. Ohne seine richterliche und ausführende Gewalt gäbe es keinen Zwang, sich an eben jene Verträge zu halten. Ohne seine Polizei wäre niemand daran gehindert, sich am Privateigentum anderer oder sogar der öffentlichen Ordnung zu vergehen. Recht und Gesetz nur auf die Aufstandsbekämpfung zu reduzieren, übersieht das Recht und den Nationalstaat als Bedingung für die kapitalistische Produktion, wie wir sie kennen.

(2) Was der Genosse ebenso übersieht, ist, dass die Klassenlage der einzelnen Menschen gar nicht so verdeckt ist, wie er sie sich vorstellt. Denn es ist nicht zu bestreiten, dass z.B. ein Büroangestellter ganz genau weiß, wer in dem Laden die Millionen verdient und wer am Hungertuch nagt. Er kann doch seine Rolle in der Hierarchie ganz gut fassen. Die ist ihm nicht versteckt. Es braucht keine Krise, um diese Lage zu offenbaren, selbst in seinem Arbeitsvertrag sind schon die unterschiedlichen Interessen der Vertragsparteien klar und unversteckt ausformuliert. Der Gedanke, Krisen führen allgemein zu sozialen Unruhen und Bürgerkrieg, ist doch in diesem Land nicht zu bestätigen. Oder wo waren die ganzen Unruhen der letzten zwei Jahrzehnte nach jeder Krise?

Über die Beteiligung am Krieg

Im Absatz „...muss eine andere her“ geht es weiter: Nun müssen nach dem Autor die Interessendifferenzen, welche sich in der Krise erst offenbaren, geglättet werden, damit der Klassenkampf nicht „offen“ geführt wird. Hier verwandelt er seinen imaginierten innenpolitischen Konflikt in einen außenpolitischen: und erklärt das Vorhaben, diesen zu vertuschen, zur Ursache des Kriegs. Dadurch stabilisiere sich die Herrschaft. Das Argument, eine deutsche Kriegsbeteiligung am Ukraine-Krieg würde die innere politische Lage stabilisieren, halten wir für gewagt. Eine wichtige Frage bleibt nämlich offen: Auf welche instabile politische Lage sich der Genosse denn bezieht, die geglättet werden muss.

Vielleicht interpretieren wir den Genossen hier auch falsch – das hoffen wir – allein die Absatz-Überschriften scheinen uns aber den Krieg lediglich auf eine „Krisenlösung“ zu reduzieren. Es war also im besten Falle nicht so gemeint, trotzdem kann bei den Leser*innen leicht der Eindruck entstehen: Unsere Gesellschaft ist

geprägt von polaren Interessenskonflikten und um diese vermeintlich aufzuheben bzw. über diese hinwegzutäuschen, fangen Nationalstaaten Kriege an, durch die sie das „Wir“ – den gesellschaftlichen Zusammenhalt – wiederherstellen können.

Das nationale „Wir“

Hier finden wir einen weiteren Fehlschluss im Text: Auch wenn es auf den ersten Blick, gerade heutzutage, so aussehen mag, dieses nationale „Wir“ wird nicht erst in Kriegszeiten beschworen. Selbst im „Frieden“ beziehen sich die Leute ständig auf ihren Staat, auf ihr Deutschland – unabhängig von ihrer politischen Selbstverortung. Es ist für das ganz normale kapitalistische Alltagsgeschäft dieses Staates elementar, dass sich die Leute ihm unterordnen und ihn anerkennen. Daraus ergibt sich die staatliche Notwendigkeit, dass Staatsbürger*innen in Krieg und Frieden für „ihren“ Staat Partei ergreifen.

Was der Autor nicht beleuchtet, sind die Kriegsinteressen des deutschen Staates. Vielmehr psychologisiert er die einzelnen Individuen in ihrer Stellung zum Krieg. Er wischt so zur Seite, dass die Menschen, die vom Krieg überzeugt sind, eben das sind: überzeugt. Wenn sich ein Mensch mit seinem Staat identifiziert, dann liegt der folgende Gedanke nicht fern: Mein Staat vertritt das Gute (die richtigen „Werte“) und deswegen muss dieser Krieg gewonnen werden. So kommen rational denkende Menschen auf die Idee, dass dieser Krieg in ihrem Sinne ausgefochten wird. Stattdessen führt der Autor die Kriegsbegeisterung darauf zurück, dass die Leute doch nur einen Sinn im Leben suchen – und diesen im Kriegsgetümmel finden. Dass Kriegsbegeisterung scheiße ist, ist uns doch hoffentlich allen klar. Wir finden trotzdem, dass man sich zumindest erklären muss, wo diese Anteilnahme für den „eigenen“ Nationalstaat herkommt, wenn man etwas dagegen unternehmen möchte.

Das Ende des Kriegs

In seiner Schlussfolgerung schreibt der Autor: „Das heißt nicht, dass Krieg und Frieden gleich schlimm wären oder dass der Kriegsausgang egal wäre.“ Das stimmt, Krieg und „Frieden“ sind in ihrer humanitären Dimension zu unterscheiden – in einem Falle sterben einfach unfassbar viel mehr Menschen. Wir dürfen trotzdem nicht dem vorherrschenden Narrativ von „Frieden“ anheimfallen. Das was vor dem Ukraine-Krieg in Europa herrschte, war kein „Frieden“, sondern lediglich die Abwesenheit von offenem Krieg und allemal ein Gewaltverhältnis. Und wir sollten uns keine Illusionen machen, dass der eine oder der andere Kriegsausgang etwas an diesem Gewaltverhältnis ändern würde. Weiter im Text: „Den Ukrainer*innen muss geholfen werden,...“ unsere Solidarität gilt all jenen, die unter dem Krieg ihrer Herrschenden leiden, das ist klar.

Der Text fährt allerdings fort mit „...die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen und Deutschland und der Westen müssen tun, was dafür nötig ist.“ Für den Autor scheint das Leid der Ukrainer*innen nur damit gelöst werden zu können, dass der ukrainische Staat diesen Krieg gewinnt und möglichst viele andere Staaten diesen Gewinn durchsetzen. Dass das Interesse der verschiedenen Kriegsparteien eben nicht das Interesse der Menschen ist, die in diesem Land leben und dass Waffen meist nicht zur Beendigung von Kriegen führen, sondern nur zu mehr Toten, das wird übersehen.

Auch wenn die Menschen in der Ukraine diesen Krieg wollen, ist es trotzdem nicht „ihr“ Krieg. Um ihre Interessen geht es in dem Konflikt nicht. Sie spielen in diesem Krieg keine Rolle, außer in ihrer Funktion als Menschenmaterial. Wir als Sozialist*innen sollten es uns zur Aufgabe machen, die imperialistischen Kriege für immer zu beenden, anstatt einer der Kriegsparteien zuzujubeln. Und da kann die einzige Lösung sein: Revolution.

von Chaya und Maus
OV Nürnberg

Bundesdinx? Bundesdinx!

Als Arbeiter*innenklasse stehen wir vor gewaltigen politischen Herausforderungen – Krieg und Militarisierung der Gesellschaft, Inflation und wachsender Armut, Zugewinnen der politischen Rechten, Klimakatastrophe und Entsolidarisierung.

Wie werden wir als sozialistischer Verband dagegen handlungsfähig? Wie kommen wir dem Sozialismus näher? Beim Bundesdinx 2024 werden wir uns unter dem Thema „**Sozialistische Organisation im 21. Jahrhundert**“ diesen Herausforderungen stellen und Antworten finden.

Wir probieren wir ein neues Format aus. Das Bundesdinx wird ein Barcamp. Barcamps leben von der aktiven Beteiligung aller teilnehmenden Genoss*innen. Was passiert wird zu Beginn gemeinsam gestaltet, indem alle Teilnehmenden ihre Themen einbringen, die wir dann in Form von Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden

und weiteren Methoden mit allen, die das Thema interessiert, bearbeiten. Ihr kommt mit den Themen, die euch unter den Nägeln brennen. Dabei könnt ihr einen bestimmten Workshop oder Vortrag dabeihaben, oder auch einfach einen spannenden Text, denn ihr gerne mal mit mehreren Genoss*innen diskutieren wollt.

Wir campen auf dem Falkenplatz im Burgwald von Mellnau in Hessen (Nähe Marburg). Da gibt's massig große Bäume, ruhige Ecken und Platz, um miteinander ins Diskutieren zu kommen. Abends erwartet Euch ein breites politisches Kulturprogramm.

Also kommt nächstes Jahr über **Himmelfahrt 2024** nach Mellnau, bringt alle eure Genoss*innen mit und lasst uns Strategie und Taktik der sozialistischen Organisation des 21. Jahrhunderts entwerfen.

Euer Bundesvorstand

Revolutionäre Traumtänzeri

Rezension zum Film „Der laute Frühling“

Rosa und Karl 2023, Thema Klasse, in einem Seminarraum sitzt eine Handvoll Menschen im Roten Kino und freut sich auf den Film „Der laute Frühling – Gemeinsam aus der Klimakrise“ von Johanna Schellhagen, der im August 2022 in einigen Kinos und bei einschlägigen Veranstaltungen gezeigt wurde.

Zu Beginn mutet der Film an wie eine schon oft gesehene Dokumentation mit aufrüttelnden Bildern – angesichts des fortschreitenden Klimakrise natürlich mehr als angebracht. „Wir akzeptieren nicht, dass all diese fossilen Brennstoffe das Privateigentum von Unternehmen sind, die sie verbrennen und den Planeten für

den Rest der Menschheit zerstören“, wird eine Klimaaktivistin im Rheinland zitiert. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Julia Steinberger diagnostiziert: „Eine der Konstanten in den Daten ist, dass es eine starke Verbindung gibt zwischen Wirtschaftswachstum und dem Anstieg von Emissionen sowie des Energie- und Ressourcenverbrauchs.“

Diagnose: Systemfehler

In der ersten halben Stunde des Films tanzen Klimaaktivist*innen bei einer Blockadeaktion auf Schienen, Wissenschaftler*innen sitzen mit besorgten Gesichtern in Universitätsbüros vor ihren Bücherregalen, denn: Wir leben über den Verhältnissen, das 2-Grad-Ziel wird gerissen. So weit, so bekannt. Die geäußerte Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen gibt zwar Aufschluss über die Position der Filmemacher*innen und ist – zumindest in Form von zitierten O-Tönen in Dokumentationen – schon längst kein Tabu mehr, da die Krisen des Kapitalismus mittlerweile (empirisch) unübersehbar geworden sind. Bis hierhin könnte der Film auch von einem öffentlich-rechtlichen Sender kommen.

Anders sieht das im zweiten Teil des Films aus, der eine fiktive Revolution zeichnet. Zeichnen ist hier im wörtlichen Sinne zu verstehen. Es handelt sich um detailreiche schwarz-weiß Animationen der Graphic Novel-Zeichnerin Lee Lai. Im Jahr 2024 ist bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung angekommen: Kämpfe müssen zusammen gedacht werden, der Kapitalismus muss weg. Da helfen keine Reformen, da muss man selbst ran. Wie eine Naturgewalt rollt diese Erkenntnis über die Nachbarschaften hinweg und es geht los: Die Leute organisieren sich, legen die Arbeit nieder, bauen ein neues System auf. In diesen Sequenzen passiert ganz schön schnell ganz schön viel – und nach allen Widerständen ist am Ende tatsächlich Friede Freude Eierkuchen angesagt. Everything eventually falls into place könnte die animierten Sequenzen gut zusammenfassen.

Ratlosigkeit statt Empowerment

Wohlvollend ließe sich sagen: Es ist erst einmal erfrischend, eine Utopie zu zeichnen, die Animationen sind detailreich und ansprechend. Trotz der Hinführung und den kapitalismuskritischen Tönen erschließt sich der Übergang zur ‚irgendwie basisdemokratischen, anarcho-syndikalistischen Welt‘ nicht ohne Weiteres – was genau die zugrundeliegende Gesellschaftsform nach der Transformation ist, wird übrigens nicht benannt. Das einfach

als Fehler des Films abzutun, würde aber zu kurz greifen. Am Ende reproduziert er damit ein Grundrauschen im antikapitalistischen Diskurs: Was genau eine Revolution auslösen wird, ist ungewiss – ob es eine geben wird, ebenso. Wenn man es ernst meint mit dem Systemwechsel, hat der Film genau da Leerstellen, die für das hier und jetzt relevant sind: Wie aktiviere ich meine Nachbar*innen? Wie kläre ich die Belegschaft über den Kapitalismus auf und warum müssen wir deshalb eine Fabrik besetzen? Wie geht das überhaupt? Und: Wie kommt man selbstorganisiert zu (demokratischen) Entscheidungen? Das lässt die Zuschauer am Ende ratlos und nicht etwa „empowert“ zurück. Utopie, schön und gut, aber wie kommen wir denn dahin? Diese Frage beantwortet der Film nicht. Vielmehr zeigt er ungnädig anhand des positiven Bilds der Revolution, wie massiv die Lücken in linker Organisation sind und wie unfähig viele Linke sind, sich an der Lebenspraxis ihrer Mitmenschen zu orientieren. Ganz nüchtern müssen wir feststellen, dass wir ganz schön weit entfernt von einer linken Gegenmacht zu den Konzernen und zur Politik sind.

Nicht alles schlecht

Positiv hervorzuheben ist dennoch, dass endlich mal auf individualisierende Verbrauchertipps verzichtet und die richtigen Hebel gezeigt werden: Es geht darum, ökologische Kämpfe mit denen in der Arbeitswelt zu verbinden und in der Nachbarschaft aktiv zu werden, anstatt darauf zu beharren, dass genug Leute bei Fridays for Future der Politik den Kopf schon geraderücken können. Der Film öffnet den (ökopolitischen) Blick für Betriebe und Stadtteile und kann somit ein guter Einstieg sein, um zum Beispiel in der Gruppenstunde über solidarische Praxen zu sprechen und wie wir diese hier und jetzt umsetzen können, bevor eine Utopie zur Realität wird.

Mona Schäfer

LV Rheinland-Pfalz



Bild: mm Filmpresse

Seit Beginn der UN-Klimakonferenzen im Jahr 1992 sind die jährlichen CO₂-Emissionen nicht zurückgegangen. Vielmehr haben sie um über 60 % zugenommen. - Warum? Und vor allem: Wie können wir den Klimawandel aufhalten? In der globalen Klimabewegung setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir einen Systemwechsel brauchen. In „Der laute Frühling“ schauen wir mit Hilfe von animierten Sequenzen in die Zukunft und beschreiben, wie jene tiefgreifende gesellschaftliche Transformation, die wir brauchen, aussehen könnte.

de.labournet.tv/project/der-laute-fruehlingbro-ik-nahost-2013

DER LAUTE FRÜHLING

GEMEINSAM AUS DER KLIMAKRISE



Bild: mm Filmpresse



Falken-Frauen an die Macht? Ja bitte!

Diskussion auf der Bundesfrauenkonferenz

Unter dem Titel „Falken-Frauen an die Macht“ haben sich einige Delegierte der Bundesfrauenkonferenz in einer Diskussionsrunde gefragt: Was verstehen wir unter (weiblicher) Macht? Wie betrachten wir Frauen, die Macht ausüben (wollen)? Warum sind Frauen gesellschaftlich immer noch von Macht ausgeschlossen? Äußert sich dies auch in unserem Verband?

Im Verband wird Macht manchmal als etwas Schlechtes diskutiert. Als macht- und herrschaftskritische Sozialist*innen bringen wir Macht häufig mit Unterdrückung, Gewalt und Autorität in Verbindung und lehnen sie deshalb ab. Aber ist das eigentlich so? Ist Macht etwas Schlechtes?

Die Ursache für die negative Besetzung von Macht scheint im Zusammenhang von Macht und Herrschaft zu liegen. Macht bedingt Herrschaft – wer andere beherrschen will, braucht die Macht, um dies zu tun. Herrschaft beruht auf Willkür und der gewaltvollen Durchsetzung des eigenen Herrschaftsanspruchs, weswegen wir als Sozialist*innen Herrschaftsverhältnisse bekämpfen.

In den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen ist Macht mit Herrschaft so eng verbunden, dass es schwerfällt, sie sich ohne Herrschaft vorzustellen. Macht ist aber nicht per se „böse“. Denn auch innerhalb politischer Organisation kann sich Macht herstellen und zielt dann auf kollektive Handlungsfähigkeit ab.

Worüber wir sprechen sollten, ist der Unterschied zwischen Macht und Machtmissbrauch. Eine Gefahr von Machtmissbrauch liegt darin, die eigene Macht zu negieren und so zu tun, als hätte man sie nicht.

Ein Beispiel: Eine Vorstandsposition bedeutet Verantwortung zu übernehmen, aber auch Entscheidungskompetenz zu erhalten und damit eben „Macht zu haben.“ Diese Macht erhält man durch demokratische Wahlen, sie ist also

nichts, was Leute sich einfach nehmen (können). Unsere demokratischen Strukturen dienen auch dazu, Vorstände und damit Menschen in Machtpositionen zu kontrollieren. Dadurch werden Menschen in ihrer Rolle und mit ihrer Macht kritisierbar; sie müssen sich rechtfertigen, wenn sie ihre Macht missbrauchen.

Frauen und Macht?!

Als Frauen im Verband wollen wir „unser Stück von der Macht“! Und das ist gut so. Frauen sind – so wie andere marginalisierte Gruppen – gesellschaftlich von Macht ausgeschlossen. Im Verband wollen wir, dass alle Genoss*innen gleichermaßen an der politischen Ausgestaltung des Verbandes beteiligt sind. Deshalb begrüßen wir, wenn Frauen für Positionen im Verband kandidieren, in Verantwortung gehen und Macht haben. Wir mussten bei der Bundesfrauenkonferenz aber auch feststellen, dass die gesellschaftlichen Ausschlüsse auch in unserem Verband wirken:

Frauen trauen sich weniger häufig entsprechende Funktionen zu, auch weil sie häufig das Gefühl haben allein zu sein. Frauen in entsprechenden Funktionen im Verband werden kritischer betrachtet als unsere männlichen Genossen

Gemeinsam haben wir Strategien diskutiert, wie wir uns gegenseitig empowern können, damit Mädchen und Frauen

sich trauen und wie wir uns als Frauen in Machtpositionen gegenseitig unterstützen können. Dabei haben wir wieder einmal festgestellt, wie wichtig unsere Räume zum Austausch und Netzwerken, wie z.B. die Bundesfrauenkonferenz und die Vernetzungstreffen bei Bundesmaßnahmen, sind. Diese Form der feministischen Organisation wollen wir beibehalten. Ergänzend wäre es auch denkbar in Hinblick auf die Vernetzung von Frauen in Funktion eine weitere Vernetzung anzubieten. Dies wollen wir beim geplanten Landes- und Bezirksvorsitzenden Wochenenden tun, um uns gegenseitig in unseren Rollen zu bekräftigen und Solidarität praktisch werden zu lassen, indem wir Antworten auf Bedarfe finden.

Feministische Räume wie die Bundesfrauenkonferenz bieten die Möglichkeit, um sich als Frauen gegenseitig zu bestärken, Argumente zu prüfen und Strategien zu entwickeln. Anschließend, gleichzeitig und sowieso immer, möchten wir dies natürlich auch mit Genoss*innen aller Geschlechter innerhalb des Verbandes tun, aber manchmal wollen wir auch als Frauen zusammenkommen, um zu besprechen, wie es ist, Frau in einer Machtposition, im Verband oder in der Welt, zu sein.

Loreen Schreck
MFPK

Die Clara

„Clara“ ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der „Gleichheit“, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



Bild: Friedrich-Ebert-Stiftung

„Adultismus. Die Macht der Erwachsenen über die Kinder“ – Rezension

Die Beschäftigung mit Adultismus anhand der beiden Bücher „Adultismus. Die Macht der Erwachsenen über die Kinder – Eine kritische Einführung“ (2023a) und „Was ist Adultismus. Die Macht der Erwachsenen über die Kinder. Eine Einführung für Jugendliche“ (2023b) (Beide von Manfred Liebel und Philip Maede, letzteres Buch mit Illustrationen von Natascha Welz) löste bei mir die Frage aus, wie man eine Rezension über Texte schreiben soll, die weder besonders klug noch originell erscheinen. Bei aller Kritik halte ich es mit dem Kommunisten Ronald M. Schernikau, der über seine Arbeit als Schriftsteller postulierte: „Das Einzige, das mich interessiert ist: Etwas loben können. Ich hasse Negation.“

Die zwei Publikationen handeln von demselben Inhalt, wenden sich jedoch an unterschiedliche Zielgruppen. Das erste Buch ist an ein erwachsenes Publikum mit wissenschaftlichem Anspruch gerichtet, während das andere Buch sich an Jugendliche richtet.

Das erste Buch ist der Versuch die Idee von Adultismus in der (sozial-)wissenschaftlichen Community zu etablieren und ein Standardwerk für

diese Diskriminierungskategorie einzurichten. Es soll einen möglichst breiten Überblick über die Thematik verschaffen und versucht eine „kritische Theorie des Adultismus zu entwerfen“. Ähnlich wie in postmodernen Kritiken des Rassismus, wird hier z.B. auf intersektionale Verflechtungen hingewiesen und den Leser*innen ein „kritisches Erwachsensein“ anempfohlen.

Um diesem „Kritischen Erwachsensein“ Rechnung zu tragen, haben die beiden ein weiteres Buch auf den Markt gebracht, welches sich explizit an Jugendliche richtet. An diesem zeigt sich vordergründig zunächst vor allem, wie wenig die Beiden von Jugendlichen halten: Die fehlende Tiefe ihres Texts müssen sie noch damit untermauern, dass sie ihren Leser*innen keine Nebensätze zumuten. Man möchte vermuten, dass die Autoren ihrer jugendlichen Zielgruppe nicht zutrauen, ihre Aufmerksamkeitsspanne auch nur über mehr als eine Zeile aufrecht zu erhalten. Zudem hat man gerade bei dem Buch, welches sich an Jugendliche richtet, Schwierigkeiten dabei, eine in Deutschland existierende gesellschaftliche Realität wieder zu erkennen. Die Beispiele scheinen

eher Büchern über Schwarze Pädagogik als der Realität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland entsprungen zu sein. Etwa, wenn das Buch von Praktiken berichtet, in welchen Kinder nicht „als menschliches Wesen mit einem menschlichen Verstand, einem menschlichen Körper und der Fähigkeit zu denken, zu entscheiden und zu fühlen“ (2023b 12) anerkannt werden.

Adultismus wird im Stile der Diskriminierungstheorien sehr breit als Machtunterschied zwischen Erwachsenen und Kindern definiert. Dabei geht es ganz im Sprech der Antidiskriminierung um die Abwertung von Kindern und Jugendlichen einerseits und andererseits um eine „stetige Verschiebung von Zugängen, Ressourcen und Privilegien zum Vorteil der Erwachsenen“ (2023a: 22).

Die Kritik lässt sich am Ende darauf zusammenschrumpfen, dass mit Kindern anders umgegangen wird, weil sie Kinder sind. Diese andersartige Behandlung wird undifferenziert als Diskriminierung wahrgenommen und in fast allem identifiziert, was nicht bei drei auf den Bäumen ist. Die Autoren sind sich z.B. auch nicht zu dumm, den Possessivartikel bei „deine



Bild: Martin Wegmann / Wikimedia Commons



„Tochter oder mein Sohn“ als Beweis für Besitzdenken zu gebrauchen (obwohl „Meine Mutter“ oder „Dein Vater“ wahrscheinlich ebenso gebräuchlich sind).

Essenziell für die hier dargelegte Konzeption von Adulthood ist, dass die Differenz zwischen den Altersstufen tendenziell geleugnet oder als Machtinstrument der Erwachsenen heruntergespielt wird. Die beiden Autoren halten sich nicht damit auf, zu klären, worin die sozialen und emotionalen Unterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen bestehen und wie sich diese Gesellschaft darauf bezieht, sondern leugnen diese Differenz einfach völlig. Dabei bietet die Auseinandersetzung mit der Kategorie des Erwachsenen auch für Sozialist*innen allerlei spannende Fragestellungen. Mit ihr geht nämlich die Frage nach den Anforderungen einher, die der Staat an seine Bürger*innen stellt, was er ihnen an Rechten und Pflichten zugesteht und welchen Rahmen er setzt, um seine Zwecke zu verfolgen. Mit dieser Perspektive ist die Differenz zwischen Kindern und Erwachsenen nicht einfach ein Machtverhältnis, sondern ein Verhältnis des „Werdens“. Das Kind soll „erwachsen“ werden und damit im Rahmen der Gesetze für sich Verantwortung übernehmen, was im Kapitalismus heißt, arbeiten zu gehen, seine Miete zu zahlen und mit dem wenigen Geld, das einem zur Verfügung steht, halbwegs vernünftig zu haushalten. Das Privileg des Erwachsenwerdens ist bei genauer Betrachtung die Zumutung der Konkurrenz (was nicht heißen soll, dass es Kinder prinzipiell besser haben).

In diesen Zumutungen erkennen Liebel und Maede einfach nur einen Haufen von Privilegien, welche Kindern verwehrt bleiben, und landen

deshalb konsequenterweise auch bei der Abschaffung des Kinderarbeitsverbots. Adulthood ist für sie nämlich, auch wenn Kinder nicht arbeiten dürfen, obwohl sie das wollen. Der Wille von (ausgedachten) Kindern wird dabei absolut gesetzt und als unhintergebar dargestellt. Dass man in dieser Welt alles Mögliche will und wollen muss (gute Noten, den Job bekommen oder im Schützengraben jemanden erschießen, damit man selbst nicht erschossen wird), taucht in dieser ontologischen Konstruktion des Willens nicht auf. Bei aller geübten Kritik greift „Adulthood“ lediglich ein Bild vom Kind sowie vom Willen auf, welches in gewisser Weise die Radikalisierung des bürgerlichen Familienideals und Erziehungsideals darstellt. Im bürgerlichen Familien- und Erziehungsideal dreht sich alles um den Willen des Kindes, welcher von der Erziehung nur noch zum Ausdruck gebracht werden muss. Der Willen selbst wird erst einmal als unhintergebar und richtig festgehalten.

Obwohl zumindest das Buch für Erwachsene auf 436 Seiten kommt, sind die beiden Bücher weniger eine Theorie als eine Ansammlung von Beispielen, in denen Kinder nicht befragt wurden, nicht mitbestimmen konnten oder unter Umwelteinflüssen leiden. All das, um zu beweisen, dass Kindern übel mitgespielt wird. Dabei ist die Konstruktion mit „den Kindern“ und „den Erwachsenen“ eine Konstruktion, in der alle Unterschiede im Säurebad der Abstraktion verschwinden. So heißt es bei den beiden z.B.: „Kinder werden nicht gefragt, wenn etwas Neues in ihrer Nachbarschaft gebaut werden soll. Überall gibt es Straßen für die Autos der Erwachsenen. Aber an vielen Orten hängen Schilder, die Kindern das Ballspielen verbieten.“ (2023b:

14) Der Anspruch der Intersektionalität bewahrt die Autoren nicht davor, ständig notwendige und hinreichende Bedingungen zu verwechseln: Zwar sind es notwendig Erwachsene, die darüber entscheiden, wo welche Schilder hängen, und welche Straßen gebaut werden, aber diese Erwachsene müssen mit Macht ausgestattet sein, um dies entscheiden zu dürfen. Die meisten Erwachsenen stehen diesen oder anderen Entscheidungen genauso ohnmächtig gegenüber wie die Kinder, welche in dem Buch beschreiben werden.

Sozialistische Erziehung, obwohl sie die Differenz zwischen Kindern und Erwachsenen zum Gegenstand hat, kann von den Theorien des Adulthood nur die Fehler lernen, die sie nicht wiederholen will. Sie muss die Differenz nicht leugnen, sondern zum Ausgangspunkt machen: Was müssen Kinder lernen, sollen sie in dieser feindlichen Welt nicht untergehen? Das Lernen wird einem verwehrt, wenn jeder Unterschied (zwischen Kindern und Erwachsenen) und damit jede Möglichkeit des Lernens und Reifens einfach geleugnet wird. Damit ist die Theorie des Adulthood das Gegenteil von sozialistischer Erziehung. Auch muss sozialistische Erziehung den Willen (nicht nur der Kinder) zum Kampfplatz machen und damit Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich ihren unmittelbaren Wünschen zu entziehen und ein Wollen zu entwickeln, das Freiheit auch gegenüber sich selbst bedeutet. Das kann auch bedeuten, seine Bedürfnisse in Solidarität mit anderen zu befriedigen.

David Pape
LV Hamburg

Lob der Dialektik

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
 Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
 Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
 Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.
 Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
 Jetzt beginne ich erst.
 Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
 Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
 Das Sichere ist nicht sicher.
 So, wie es ist, bleibt es nicht.
 Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
 Werden die Beherrschten sprechen.
 Wer wagt zu sagen: niemals?
 An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
 An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
 Ebenfalls an uns.
 Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
 Wer verloren ist, kämpfe!
 Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
 Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,
 Und aus Niemals wird: Heute noch!

Bertolt Brecht, Jan Knopf: Die Gedichte © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2007.
 Alle Rechte bei und vorbehalten durch Suhrkamp Verlag Berlin AG.

Impressum

aj - Die Arbeiter*innenjugend 2-2023

Herausgeberin:
 Sozialistische Jugend Deutschlands -
 Die Falken
 Bundesvorstand
 Luise & Karl Kautsky Haus
 Saarstraße 14, 12161 Berlin
 Tel. (030)261030-0
 aj-redaktion@wir-falken.de
 www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.: Loreen Schreck

Redaktion:
 Miriam Bähr, Mona Schäfer,
 Matti-Léon Klieme,
 Severin Schwartzmann,
 Moritz von Bachmann

Weitere Texte von:
 Ewgeniy Kasakow, Loreen Schreck,
 Karl Müller-Bahlke, David Pape,
 Tobi, Chaya und Maus aus dem
 UB Nürnberg (Namen sind der
 Redaktion bekannt)

Fotos und Grafiken:
 Felix Mittermeier (S. 1),
 Lorenz Bohlmann (S. 3, 4),
 Lena Schliemann (S. 5),
 e-newspaperarchives (S. 7),
 Plato Terentev (S. 9), Oscar Tellgmann /
 Wikimedia Commons (S. 14),
 mm Filmpresse (S. 16), Friedrich-Ebert-
 Stiftung (S. 17), Bertz & Fischer (S. 18),
 Martin Wegmann /
 Wikimedia Commons (S. 19)

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



Gefördert aus Mitteln des
 Kinder- und Jugendplans des
 Bundes.

 Bundesministerium
 für Familie, Senioren, Frauen
 und Jugend